

Politischer Jahresbericht

Mittelosteuropa 2006/2007



Warschau

Regionalbüro Mittelosteuropa, Juli 2006-Juli 2007

Polen, Tschechien, Slowakei, Ukraine, Belarus

Agnieszka Rochon, Eva van de Rakt

Regionalbüro Mittelosteuropa
ul. Podwale 13
00-252 Warszawa, Polska
Leitung: Agnieszka Rochon
Tel: 0048 22 / 831 63 56
Fax: 0048 22 / 635 79 23
Hbs@boell.pl

Länderbüro Prag
Spálená 23
CZ-110 00 Praha 1
Leitung: Eva van de Rakt
Tel: 00420 251 814 173, 175
Fax: 00420 251 814 174
E-Mail: info@boell.cz

Inhalt

Zusammenfassung.....	2
1. Berichte aus der Region.....	3
2. Polen.....	12
3. Tschechien.....	15
4. Slowakische Republik.....	17
5. Ukraine.....	20
6. Ausblick	22

Zusammenfassung

In der gemeinsamen Erklärung der drei Länder Deutschland, Portugal und Slowenien zu den Prioritäten der EU-Ratspräsidentschaft (2007 - 2008) stand die Fortführung der Verfassungsdebatte im Mittelpunkt des vorgenommenen 18-Monate-Programms. Auf dem EU-Gipfel in Brüssel (21. - 23. Juni 2007) einigten sich die Regierungschefs auf das Mandat für die Regierungskonferenz (Juli 2007). Die Positionierung zum Verfassungsvertrag und der Verlauf der Verhandlungen waren für alle drei Länder der Region unterschiedlich: die Slowakei, die den Verfassungsvertrag 2005 ratifizierte, strebte vor allem nach dem Erhalt des Status quo und hielt sich ansonsten mit Forderungen zurück; Polen sprengte mit seinem Beharren auf dem Quadratwurzel-Abstimmungsmodell fast den EU-Gipfel in Brüssel; die tschechische Position zur Verfassung erhielt neue Impulse von der Beteiligung der Grünen an der Regierungskoalition.

Die Erwartungen, die an die deutsche EU-Präsidentschaft (Januar - Juni 2007) bezüglich der Neugestaltung der Beziehungen mit den östlichen Nachbarstaaten geknüpft wurden, haben sich nur zum Teil erfüllt. Die Verhandlungen über das neue Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit Russland wurden bereits zu ihrem Beginn (November 2006) durch das polnische Veto blockiert. Die Fortschritte der Ukraine bei der Umsetzung des Aktionsplans (2005 - 2008) wertete die EU im Dezember 2006 positiv. Dennoch wurde die Durchführung von demokratischen Reformen durch den Machtkampf zwischen dem Präsidenten und dem Ministerpräsidenten und die daraus folgende Handlungsunfähigkeit des Landes gestoppt. Nach den Präsidentschaftswahlen (März 2006) in Belarus, die von den OSZE-WahlbeobachterInnen als manipuliert bewertet wurden, begann Präsident Lukaschenko mit der demokratischen Opposition abzurechnen und die Kontrolle über die Gesellschaft insgesamt zu verschärfen. Darauf hin führte die EU politische (April/Mai 2006) und wirtschaftliche (Juni 2007) Sanktionen ein.

In Polen, Tschechien und der Slowakei wurden die von der Europäischen Union festgelegten Prioritäten im Bereich der Gleichstellungspolitik auf Regierungsebene sehr unterschiedlich berücksichtigt. Eine objektive Barriere bei der Umsetzung der Gleichstellungsmaßnahmen stellten im Laufe des vergangenen Jahres die Entwicklungen auf der Exekutivebene dar: Probleme bei der Regierungsbildung (Tschechien), Reibungen in der Regierungskoalition (Polen) sowie heftige Auseinandersetzungen zwischen dem Präsidenten und dem Premier (Ukraine). Gründe für die unzureichende Implementierung waren aber vor allem die Tendenz zur Bagatellisierung der Geschlechtergleichstellung auf politischer Ebene (Tschechien), deren Negierung oder Vereinnahmung zur Erreichung politischer Ziele durch die populistisch-konservative Regierung (Polen) sowie die Schwäche der Institutionsmechanismen (Slowakei). Zudem fiel es in der Ukraine schwer, die Umsetzung der Gleichstellungspolitik zu bewerten, da es bislang an entsprechenden Kontrollmechanismen fehlt.

Die Themen Energie- und Klimapolitik gewannen gerade im ersten Halbjahr 2007 in der Region auch durch wichtige internationale Impulse an Bedeutung. Die energiepolitischen Diskussionen wurden stark durch den Bericht des britischen Ökonomen Nicolas Stern, die neuesten IPCC-Berichte und die Schwerpunktsetzung der deutschen EU-Ratspräsidentschaft auf Energie- und Klimapolitik geprägt. In Polen, Tschechien und der Slowakei waren die Diskussion über die Nationalen Allokationspläne für die Emissionshandelsperiode 2008 – 2012 sowie die Rolle dieser Länder beim EU-Energiegipfel im Frühjahr 2007 die entscheidenden energie- und klimapolitischen Ereignisse des letzten Jahres. Zudem muss erwähnt werden, dass in allen Ländern das Thema Energieversorgungssicherheit an Bedeutung gewinnt.

Durch Konflikte innerhalb der Regierungskoalition und die Skandale, in welche die Politiker der regierenden Parteien verwickelt sind, verlor die Regierung in Polen an Vertrauen, was unter anderem die Ergebnisse der Wahlen zu den Selbstverwaltungen zeigen. Dabei blieb die Zustimmung für die stärkste Regierungspartei PiS relativ stabil und sank drastisch im Fall der mitregierenden populistischen Randparteien. Von der umstrittenen Regierungspolitik profitierte die oppositionelle Bürgerplattform. Es entstand ein neues Bündnis Linke und Demokraten, das zum ersten Mal Teile der ehemaligen Solidarnosc-Bewegung (PD, UP) und die Postkommunisten (SLD, SDPI) vereint. Die Grünen 2004 sind ein Teil der außerparlamentarischen linken Opposition und haben eher schlechte Aussichten, in nächster Zeit in der Politik besser Fuß zu fassen.

Seit der Übernahme des Amtes des polnischen Außenministers durch die enge Vertraute des Präsidenten Kaczynski, A. Fotyga, wurde die polnische Außenpolitik im engsten Kreis der Vertrauten der Kaczynski-Brüder bestimmt. Dabei wurde diese auf der europäischen Ebene

durch konfrontative Elemente und eine Blockadehaltung dominiert, die vor allem auf die Durchsetzung von Polens nationalen Interessen hinzielten.

Die Wahlen zum Abgeordnetenhaus in Tschechien (Juni 2006) führten zu einer Patt-Situation im Parlament. Es dauerte mehrere Monate, ehe eine Regierung aus der konservativen Bürgerpartei, Christdemokraten und Grünen zu Stande kam. Im Koalitionsvertrag gelang es den Grünen, wichtige Akzente zu setzen, allerdings sind in einigen Politikbereichen deutliche Spannungen zu erkennen, welche die Regierungskoalition belasten. Auch der unter Korruptionsverdacht stehende Vize-Premier und Parteivorsitzende der KDU-ČSL Jiří Čunek, der im Herbst 2006 als Bürgermeister mehrere Roma-Familien umsiedelte und für seine rassistischen Äußerungen gegenüber der Roma-Minderheit stark kritisiert wurde, bedroht durch seinen nicht erfolgten Rücktritt die politische Handlungsfähigkeit der Koalition. Die Diskussion um die Zukunft des Verfassungsvertrages und die Pläne eines US-amerikanischen Raketenabwehrsystems in Mitteleuropa sowie die Reform der öffentlichen Finanzen waren die politischen Themen, die nach der Ernennung der Regierung im Januar 2007 die politische Debatte prägten.

Seitdem die Mitgliedschaft der slowakischen Sozialdemokraten Smer-SD in der Partei Europäischer Sozialdemokraten (PES) wegen der Regierungsbeteiligung der slowakischen Nationalpartei auf Eis gelegt wurde, versucht sich Premier Fico in Europa verstärkt als klassischer Sozialdemokrat zu profilieren. Er greift allerdings zu politischen Maßnahmen, die sehr kritisch bewertet werden müssen. Die Außenpolitik fällt vor allem durch eine deutlich stärkere Annäherung an Russland auf, ist allerdings auch nicht kohärent, da sich Außenminister und Premier teilweise widersprechen. Ein außen- wie innenpolitisches Problem liegt außerdem in den seit der Wahl angespannten slowakisch-ungarischen Beziehungen.

Auch wenn die Parlamentswahlen in der Ukraine (März 2006) als frei und demokratisch das Voranschreiten der demokratischen Transformation in der Ukraine zu bestätigen scheinen, hat die daraus resultierende Verteilung der politischen Kräfte zu einer Patt-Situation geführt. Die um den „pro-russischen“ Premier Janukowitsch und den „pro-westlichen“ Präsidenten Juschtschenko gruppierten Parteien und Oligarchengruppen bildeten zwei Machtzentren, die sich in den darauf folgenden Monaten zunehmend in Verteilungskämpfe verwickelten und die Ukraine an den Rand der Handlungsunfähigkeit führten. Im Machtkampf der zwei Exekutivzentren wurde die Außenpolitik zum Austragungsort der innenpolitischen Auseinandersetzungen. Darüber hinaus wurden Verfassungslücken ausgenutzt und auf der parlamentarischen Ebene unlautere Methoden angewendet, um die Kompetenzen des Präsidentenamtes einzuschränken. Ende Mai einigten sich die Konfliktparteien auf die Durchführung vorgezogener Neuwahlen im September 2007.

1. Berichte aus der Region

Europäische Verfassungsdebatte

Wiederaufnahme der Verfassungsdebatte

In der europäischen Verfassungsdebatte wurde eine zweijährige Reflexionsphase beschlossen, um nach dem Scheitern der Referenden in Frankreich und den Niederlanden einen gemeinsamen Ausweg aus der politischen Krise zu finden. Die zweite Jahreshälfte 2006 (während der finnischen Ratspräsidentschaft) wurde als Ende der Reflexionsphase und damit auch als Vorlauf für die Wiederaufnahme der Verfassungsgespräche genutzt. In der gemeinsamen Erklärung der drei Länder Deutschland, Portugal und Slowenien zu den Prioritäten der EU-Ratspräsidentschaft (2007 - 2008) stand die Fortführung der Verfassungsdebatte im Mittelpunkt des vorgenommenen 18-Monate-Programms. Die deutsche Präsidentschaft sollte vor allem im Prozess der bilateralen Konsultationen und während des Juni-Gipfels in Brüssel eine „Roadmap“ für die Regierungskonferenz

(2. Jahreshälfte 2007) vorbereiten, um den Ratifizierungsprozess vor den Europa-Wahlen 2009 abschließen zu können.

Die Ausgangssituationen für die Wiederaufnahme der Verfassungsverhandlungen in der Region waren unterschiedlich: In der Slowakei wurde der Verfassungsvertrag bereits im Mai 2005 durch das Parlament ratifiziert, wohingegen die Regierungen Polens und Tschechiens die geplante Durchführung von Referenden stoppten und zunächst eine abwartende Position einnahmen.

Polen: „Sterben für Quadratwurzel“?

Während der Reflexionsphase hatte sich die nationalkonservative Regierung Polens aus der Debatte über die Zukunft des Verfassungsvertrages weitgehend zurückgezogen. Die Beschleunigung des Ratifizierungsprozesses lag nicht im Interesse der EU-skeptischen

(PiS) bis -feindlichen (Samoobrona, LPR) Regierung sowie des mehrheitlich euroskeptisch¹ besetzten Parlaments.

Bis Ende März 2007 zögerte Polen mit der Bekanntgabe der offiziellen Position zur Zukunft Europas und des Verfassungsvertrags, die Arbeiten hierzu verliefen weitgehend hinter verschlossenen Türen im Kreis der Vertrauten des Präsidenten Kaczynski. Über die Ansätze der polnischen Prioritäten wurde die Öffentlichkeit durch die spärlichen Äußerungen der politisch Verantwortlichen² informiert. Es hieß, Polen wolle Verfassungsänderungen fordern, welche die Position des polnischen Staates auf der EU-Ebene stärken (Beibehaltung der Nizza-Abstimmungsregelungen und des Veto-Rechts) und die polnische Souveränität nicht einschränken (Verzicht auf das Amt eines EU-Außenministers). Darüber hinaus wurde die Verankerung des Solidaritätsprinzips im Bereich der Energiepolitik in der Verfassung gefordert.

Ende März 2007 wurde dann das polnische Positionspapier zum Verfassungsvertrag offiziell bekannt gegeben. Darin verzichtete Polen zwar auf die umstrittene Nizza-Abstimmungsregelung, schlug aber zur Herstellung einer für Polen günstigen Stimmengewichtung im EU-Rat den sogenannten Quadratwurzel-Modus vor. Diese komplizierte Rechenformel besteht darin, dass die Stimmenanzahl eines jeden Landes proportional zur Quadratwurzel der Einwohneranzahl errechnet wird. Danach hätte Polen 65 Stimmen im Europäischen Rat, Deutschland mit mehr als doppelt so vielen Einwohnern hingegen 96.

Der Quadratwurzel-Modus und die unnachgiebige Haltung Polens, die Diskussion über die Abstimmungsregelung erneut eröffnen zu wollen, beschäftigte die europäische Diplomatie im Vorfeld des EU-Gipfels in Brüssel (21. - 23. Juni 2007) stark. Die Versuche, Polen zum Einlenken zu bewegen, spitzten sich zu einem Schlagabtausch von „undiplomatischen“ Argumenten zu, die sich auf der polnischen Seite stark gegen Deutschland richteten, das mit dem Juni-Gipfel die halbjährige Präsidentschaft beendete: unter anderem forderte Ministerpräsident Kaczynski eine für Polen günstigere Stimmengewichtung als Kompensation für die polnischen Kriegstoten im zweiten Weltkrieg.³ Die polnische Außenministerin Fotyga verhehlte darüber hinaus nicht, dass das Beharren auf mehr Stimmen für Polen im EU-Rat die „deutsche Hegemonie“ in Europa verhindern solle.⁴

Kurz vor dem Gipfel sagte Ministerpräsident Kaczynski „Wir sind bereit, dafür zu sterben - auch wenn in der Presse das Gegenteil be-

hauptet wurde“⁵ und schickte seinen Bruder, den Präsidenten, mit dem erklärten Ziel in die Verhandlungen, den Quadratwurzel-Modus durchzusetzen.

Die dementsprechend „harte“ Position der polnischen Delegation führte fast zu dem Scheitern des Juni-Gipfels in Brüssel. Erst nachdem Kanzlerin Merkel damit drohte, die Verhandlungen über den neuen Vertrag auch ohne Zustimmung Polens fortzuführen, stimmte Präsident Kaczynski dem zuvor abgelehnten Kompromissvorschlag zu. Mit dem Verzicht auf das heftig umstrittene Quadratwurzel-Modell erreichte Polen die Verlängerung der Nizza-Abstimmungsregelung bis 2014 mit der Möglichkeit einer weiteren Verlängerung bis März 2017.

Die polnische Regierung feierte die auf dem Brüsseler Gipfel erreichten Ergebnisse als Erfolg. Der Ministerpräsident erklärte den Verzicht auf den Quadratwurzel-Modus als eine Strategie, die Polen erlaube, das Nizza-Abstimmungsprinzip, das für Polen „noch günstiger als die Quadratwurzel“⁶ sei, zu verlängern. Als besonderer Erfolg wurde das Aushandeln eines Blockadesystems nach dem „Ioannina“-Prinzip, mit dem man die Mehrheitsentscheidungen im EU-Rat bis zu zwei Jahren blockieren könne, genannt. Doch gerade dabei zeigte sich, dass die polnische Delegation die aktuell geltende Fassung der „Ioannina“ (eine viermonatige Blockade) ausgehandelt hat, während der Ministerpräsident mit seinem Erfolg die sogenannte „verstärkte Ioannina“ meinte.

Die polnischen Unterhändler mussten sich der Peinlichkeit und der Kritik stellen, nicht zu wissen, was sie eigentlich ausgehandelt hatten. Des Weiteren wurde die Verhandlungsführung der polnischen Delegation kritisiert, insbesondere das Kompetenzgerangel und die Uneinigkeit zwischen den AkteurInnen des Prozesses, das einen Konflikt zwischen den polnischen UnterhändlerInnen und der Ministerin während des Gipfels zur Folge hatte.

Verantwortlich dafür wurde vor allem die polnische Außenministerin Fotyga gemacht. Die oppositionelle Bürgerplattform (PO) stellte am 6. Juni ein Misstrauensvotum gegen die Ministerin. Dennoch ist davon auszugehen, dass sie im Amt bleibt, denn trotz mehrerer diplomatischer Fehler (unter anderem der Abwesenheit auf wichtigen internationalen Treffen und über 20 unbesetzter Botschafterposten in zum Teil strategisch wichtigen Ländern) erfreut sie sich sehr starker Unterstützung der Kaczynski-Brüder.

Im Gerangel um die Wertung der Gipfelergebnisse blieb fast unbenutzt, dass sich die polnische Regierung, ähnlich wie England, die Möglichkeit der Ablehnung der „Grundrechte-Charta“ offen hält.

Im Zusammenhang mit der Verfassungsdebatte ist bezeichnend, dass sich die Schere zwischen der Meinung der polnischen BürgerInnen und der politischen Klasse in Polen vergrößert. Eine überwältigende Mehrheit (fast 90%) unterstützt die Mitgliedschaft Polens in der EU, 69% der Befragten unterstützen den Verfassungsvertrag, 78% die

1 Nach den Parlamentswahlen 2005 ist die mit 11% dort vertretene SLD die einzige Partei, die sich für die Vertiefung der EU-Integration und die Ratifizierung des Verfassungsvertrages aussprach.

2 vgl. Meldung der PAP (Polnischer Presse Agentur) vom 2. März 2007, GW vom 15. Februar 2007 und <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,472296,00.html> „Merkel lobt Gespräche in Polen“, Der Spiegel vom 17. März 2007

3 „Kaczynski sieht Gipfel als Erfolg für Polen“, Welt online vom 23. Juni 2007

4 AP: „Polen wirft Deutschland Ignoranz vor“, Barbara Schäder, 18. Juni 2007

⁵ als Reaktion auf das Interview mit Jan Tombiński, dem polnischen Botschafter bei der EU, vom 30. Mai 2007

⁶ „Kaczynski sieht Gipfel als Erfolg für Polen“, Welt online vom 23. Juni 2007

gemeinsame EU-Außenpolitik und 84% die gemeinsame Verteidigungs- und Sicherheitspolitik.⁷

Tschechien: Neue Impulse durch die Regierungsbeteiligung der Grünen

Die Formulierung der tschechischen Position zur Zukunft des Verfassungsvertrages erhielt nach der Ernennung der tschechischen Regierung im Januar 2007 neue Impulse: Die tschechischen Grünen setzten die Formulierung einer „Position der Regierung der Tschechischen Republik im Rahmen der Verhandlungen zu den institutionellen Reformen der EU“ durch. An dieses Mandat mussten sich sowohl der EU-Unterhändler und Euroskeptiker Jan Zahradil (MdEP, Demokratische Bürgerpartei ODS) als auch der Vize-Premier für Europäische Angelegenheiten Alexandr Vondra (ODS) gezwungenermaßen halten. An die Stelle tschechischer Unberechenbarkeit traten weitgehend klar formulierte Standpunkte. Tschechien sorgte anders als Polen nicht für unangenehme Überraschungen und war trotz des Anspruchs der ODS, nach dem EU-Gipfel im Juni einen „nationalen“ Erfolg präsentieren zu können, ein Gesprächspartner, der immerhin eine gewisse Kompromissbereitschaft signalisierte.

Die Hauptforderungen der tschechischen Regierung lauteten: Streichung aller Symbole „Europäischer Staatlichkeit“ wie Flagge und Hymne sowie die Bezeichnung „Verfassung“, beidseitige Flexibilität bei der Übertragung von Kompetenzbereichen, Streichung der Charta der Grundrechte als eigenständigem Bestandteil des Textes (der neue Text sollte sicherstellen, dass die EU als solche der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten des Europarats beiträgt) sowie die Umbenennung des Amtes „EU-Außenminister“ (die Beibehaltung der Funktion konnten die Grünen durchsetzen).

Trotz der Tatsache, dass Tschechien aufgrund der Regierungsbeteiligung und der europapolitischen Prioritäten der tschechischen Grünen den extrem euroskeptischen Kurs korrigierte, muss an dieser Stelle betont werden, dass die Position Tschechiens nicht die Ziele der tschechischen Grünen für das europäische Projekt widerspiegelt: Die tschechischen Grünen sind für eine Erweiterung und Vertiefung der EU, sie setzen sich für den europäischen Integrationsprozess ein und betonen die Notwendigkeit institutioneller Reformen, um transparenter und effizienter die Herausforderungen des Globalisierungszeitalters bewältigen zu können.

Die tschechische Position ist allerdings ein Indikator für die konträren Standpunkte der Koalitionsparteien, die daraus resultierenden Spannungen und den Pragmatismus der tschechischen Grünen, der es ihnen ermöglicht, innerhalb dieser Regierungskoalition grüne Akzente zu setzen, ohne an den eigenen Erwartungen zu zerbrechen. Selbstbewusst präsentierte vor allen Dingen Ondřej Liška (grüner Abgeordneter, Vorsitzender des Ausschusses für Europäische Angelegenheiten) die Visionen grüner Europapolitik. Er scheute sich nicht, die Positionen der ODS öffentlich zu kritisieren sowie vor allen Dingen bei drohenden Kompetenzüberschreitungen von Jan Zahradil an das Koalitionsmandat zur Zukunft des EU-Verfassungsvertrages zu erinnern.

⁷ Eurobarometer Nr. 67 – Untersuchungen von April bis Mai 2007

Das Eurobarometer ermittelte im Frühjahr 2007 in einer Umfrage, dass sich 55% der Befragten in Tschechien grundsätzlich für eine europäische Verfassung aussprechen.⁸

Slowakei: Zurückhaltende Position

Der Ratifizierungsprozess des EU-Verfassungsvertrages wurde in der Slowakischen Republik nach der Ratifizierung durch das Parlament am 11. Mai 2005 unterbrochen, da am 11. Juli 2005 einige Euroskeptiker beim Verfassungsgericht Klage einreichten mit der Begründung, dass die EU-Verfassung die Grundlage für die Gründung eines Staatenbundes schaffe und dass deshalb für die Ratifizierung ein Referendum nötig sei. Das Verfassungsgericht empfahl daraufhin dem Präsidenten Ivan Gašparovič, den Ratifizierungsprozess noch nicht durch die Unterschrift des Vertrags abzuschließen. Kritisiert wurde der Verfassungsvertrag vor allen Dingen von der KDH (Christdemokratische Bewegung) und der SNS (Slowakische Nationalpartei).

Die Slowakei stellte bei den Verhandlungen zur Zukunft des Verfassungsvertrages keine ultimativen Forderungen an einen neuen Vertragstext. Anfang 2007 sprach sich Premier Robert Fico dafür aus, die Substanz des Verfassungsvertrages möglichst unverändert beizubehalten, erwähnte aber auch, dass die slowakische Position Änderungen in Bezug auf die Symbole der EU sowie die Posten des EU-Außenministers bzw. EU-Präsidenten nicht ausschließe. Fico betonte während seines Besuches in Berlin am 26. April 2007, dass er Bundeskanzlerin Merkel in ihren Bemühungen um die Zukunft des EU-Verfassungsvertrages unterstützen werde.⁹ Präsident Ivan Gašparovič erwähnte, er gehe davon aus, dass der neue Text einfacher und flexibler sein werde. Er äußerte seine Hoffnung, dass der neue Vertragstext die Beziehungen zwischen den Nationalparlamenten und dem Europäischen Parlament klarer regeln werde, da ohne diese Klärung, so Gašparovič, die EU die wichtigsten Probleme nicht lösen könne.¹⁰ Mit dem Ergebnis des EU-Gipfels zeigte sich Fico zufrieden, da dieses weitgehend identisch mit der slowakischen Position sei.

Das Eurobarometer ermittelte im Frühjahr 2007 in einer Umfrage, dass sich 64% der Befragten in der Slowakei grundsätzlich für eine europäische Verfassung aussprechen.¹¹

Neugestaltung der Beziehungen in der östlichen EU-Nachbarschaft (Ukraine, Belarus, Russland)

Einleitung

Mit der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, die im Januar 2007 begann, wurden große Hoffnungen auf neue Impulse und Fortschritte

⁸ Eurobarometer Nr. 67 – Untersuchungen von April bis Mai 2007

⁹ vgl. Mitschrift der Pressebegegnung von Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem Ministerpräsidenten der slowakischen Republik Robert Fico, 26. April 2007 unter www.bundesregierung.de

¹⁰ vgl. „The New EU Constitution will be Simpler and More Flexible, Says President“ unter www.slovakradio.sk

¹¹ Eurobarometer Nr. 67 – Untersuchungen von April bis Mai 2007

bei der Gestaltung der Beziehungen mit den östlichen Nachbarstaaten der EU geweckt. Mitte 2006 legte Deutschland das Konzept der „neuen Ostpolitik“¹² vor, das sowohl Vorschläge zur Reform der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP Plus), als auch Vorschläge für die Neuregelung der Beziehungen mit Russland im Rahmen der Verhandlungen über das neue Partnerschafts- und Kooperationsabkommen enthielt.

In Bezug auf die Russische Föderation, das größte und wichtigste Nachbarland der EU, schlug Deutschland in Rahmen der „neuen Ostpolitik“ die Strategie der „Annäherung durch Verflechtung“¹³ vor, die auf die weitere Vertiefung der Kooperation und wechselseitigen Abhängigkeit aufbaut, und somit eine stabile energie- und sicherheitspolitische Partnerschaft mit Russland garantiert.

Ausgehend von der Kritik an der seit 2004 geltenden Europäischen Nachbarschaftspolitik strebte Deutschland eine stärkere Differenzierung zwischen den südlichen und östlichen Nachbarstaaten an und schlug Maßnahmen vor, die unter anderem die Ukraine und perspektivisch auch Belarus¹⁴ stärker an die EU heranführen sollten. In dem Papier „Mitteilung zur Stärkung der ENP“¹⁵ (Dezember 2006) griff die Europäische Kommission einige der Vorschläge der „neuen Ostpolitik“ auf, indem sie den östlichen Nachbarstaaten unter anderem Erleichterungen im Personenverkehr und der Zuwanderung, den Ausbau des politischen Dialogs, die Stärkung der Kooperation im Schwarzmeerraum sowie die Erhöhung der ENP-Mittel anbot. Zugleich entschied sich allerdings die Kommission gegen die Gewichtsverlagerung der ENP nach Osteuropa sowie gegen ein neues institutionelles Verhältnis mit den östlichen Nachbarstaaten. Ebenfalls im Dezember 2006 veröffentlichte die Europäische Kommission den Fortschrittsbericht über die Umsetzung des Aktionsplans EU - Ukraine (2005 - 2008).

Russland: Keine Fortschritte in den Verhandlungen über das neue Partnerschafts- und Kooperationsabkommen

Die Verhandlungen über die strategische Partnerschaft wurden in einer komplizierten Phase für die europäisch-russischen Beziehungen aufgenommen.

Mit der Erweiterung hat sich die Europäische Union zwangsläufig gewandelt: Die „neuen“ Mitglieder, insbesondere die mitteleuropäischen und baltischen Staaten, verbindet eine in Bezug auf Russland ähnliche Vergangenheit und somit eine ähnlich russlandskeptische Haltung, welche die Position der EU bei den Verhandlungen über das Neuabkommen stark beeinflusste.

Zugleich hat sich auch die innenpolitische Situation in Russland gewandelt: Die Identitätskrise der neunziger Jahre ist einem neuen russischen Selbstbewusstsein gewichen. Aufbauend auf Gas- und Ölvorkommen und steigenden Energiepreisen hegt Russland unter Präsident Putin zunehmend Großmachtambitionen, die durch einen barschen Ton und unbeugsame Verhandlungspositionen manifestiert wurden. Zudem unterscheidet sich das vom Präsidenten Putin favorisierte Konzept der „souveränen Demokratie“ von dem europäischen Demokratieverständnis. Dementsprechend wurden die aktuellen Verletzungen der Menschenrechte, wie zum Beispiel die ungeklärten Morde an den Russlandkritikern Politkovskaya oder Litvinienko, von der EU kritisiert.

Vor diesem Hintergrund wurden die Verhandlungen über die Neuaufgabe der strategischen Partnerschaft von den Konflikten zwischen Russland und den „neuen“ EU-Staaten (wie Polen, Tschechien, Estland) dominiert und von den Verstimmungen im Bereich der Menschenrechte überschattet.

Bereits zu Beginn der Verhandlungen, auf dem EU-Gipfel in Helsinki (November 2006), blockierte Polen mit einem Veto die Aufnahme der Neuverhandlungen des PKA wegen des russischen Embargos für die polnischen Fleischtransporte und war nur dann bereit, das Veto zurückzuziehen, falls „das Embargo aufgehoben werde, und in dem Verhandlungsmandat die polnischen Forderungen bezüglich der Sicherheit der Energielieferungen berücksichtigt werden“.¹⁶ Die Position Polens beschrieb Russland empört als „eine Erpressung, der man sich nicht beugen darf“¹⁷ und warf der EU vor, „sich zur Geisel Polens zu machen“.¹⁸ Trotz der Vermittlung seitens der EU blieb der Konflikt zwischen Russland und Polen bis heute ungeklärt und die Blockade dementsprechend bestehen.

Die Pläne der Regierungen Tschechiens, Polens und der USA, auf dem polnischen und tschechischen Territorium Teile des US-amerikanischen Raketenabwehrsystems aufzubauen, haben die Krise vertieft: Während der Münchener Sicherheitskonferenz (Februar 2007) hielt der russische Präsident eine scharfe Rede dagegen,¹⁹ die zugespitzt auch als Neuanfang des „Kalten Krieges“ interpretiert wurde.

Wegen der Umsetzung des sowjetischen Kriegerdenkmals Ende April in Tallin kam es zu einem Gefecht zwischen der estnischen Polizei und den Mitgliedern der russischen Minderheit in Estland, worauf der russische Präsident Putin schwere Vorwürfe erhob.

¹² vgl. „Berlin entwickelt neue Nachbarschaftspolitik“, FAZ vom 3. Juli 2006

¹³ vgl. „Berlin schlägt in der EU-Russlandpolitik „Annäherung durch Verflechtung“ vor, FAZ vom 4. September 2006

¹⁴ Unter der Bedingung der Durchführung von demokratischen Reformen.

¹⁵ Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen zur Mitteilung der Kommission an den Rat und an das Europäische Parlament über die Stärkung der Europäischen Nachbarschaftspolitik. ENP-Fortschrittsbericht Ukraine vom 4. Dezember 2006

¹⁶ vgl. „Wycofamy weto po gwarancji zniesienia embargo“, PAP vom 4. April 2007 und

¹⁷ vgl. „Rosyjski szczyt lekceważenia Unii Europejskiej“, Tomasz Bielecki, PAP, Moskwa 15. Mai 2007

¹⁸ Besuch bei Väterchen Frust, Carsten Volkery, Severin Weiland, SPIEGEL ONLINE vom 16. Mai 2007,

URL: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,483265,00.html>

¹⁹ Speech and the Following Discussion at the Munich Conference on Security Policy, 10.2.2007, unter http://www.kremlin.ru/eng/speeches/2007/02/10/0138_type82912type82914type82917type84779_118135.shtml

Erwartungsgemäß wurden während des EU-Russland-Gipfels in Samara (17.-18. Juni 2007) keine Fortschritte erzielt. Vielmehr haben sich Russland und die EU einen offenen Schlagabtausch über den Umgang mit Menschenrechten, Oppositionellen und bürgerlichen Protesten geliefert.²⁰ Als Antwort auf die Vorwürfe, die Präsident Putin gegen einzelne EU-Staaten, insbesondere Polen und Estland, erhob, betonten Bundeskanzlerin Merkel und der Präsident der EU-Kommission Barroso die gemeinsame Position der Union. Unter anderem warnte Barroso Russland davor, die Union spalten zu wollen: "Man kann den Eindruck gewinnen, dass Russland bestimmte Mitgliedsstaaten – etwa Polen oder die baltischen Staaten – anders betrachtet als die anderen Mitgliedsstaaten."²¹

Ukraine: Annäherung ohne Beitrittsperspektive / Reformvorhaben im Schatten der inneren Krise

Seit dem demokratischen Machtwechsel in der Ukraine ist die Politik des Präsidenten Juschtschenko von dem Ziel geleitet, der Ukraine eine Beitrittsperspektive in die EU zu sichern. Die Eröffnung einer solchen forderte der Präsident in den vergangenen Jahren mehrmals offiziell für sein Land.

Unter dem Eindruck der orangenen Revolution setzten auch in der Europäischen Union Denkprozesse ein, die darauf hinzielten, der Ukraine eine engere Anbindung mit der Möglichkeit eines Beitritts in der fernerer Zukunft anzubieten. Dies forderte beispielsweise das Europäische Parlament im Januar 2005; dafür sprechen sich auch einige der neuen Mitgliedstaaten aus, vor allem Polen und Litauen.

Auf der institutionellen Ebene entstanden einige Konzepte, die mit unterschiedlicher Intensität eine engere Anbindung der Ukraine an die EU-Strukturen unterstützten. Hierzu zählen vor allem das Konzept des erweiterten Wirtschaftsraums (EWR Plus) und mit Abstrichen auch das Konzept „neuer Ostpolitik“, das Deutschland im Vorfeld der Ratspräsidentschaft entwickelte. Dabei wurde die im EWR Plus verankerte „engere Anbindung“ als Zwischenstufe zum Beitritt bezeichnet, während der regional fokussierte Ansatz der neuen Ostpolitik die Beitrittsperspektive ausklammerte.

Die Anregungen des Konzeptes EWR Plus aufgreifend bot die EU-Kommission bei dem EU-Ukraine-Gipfel im Oktober 2006 eine engere Zusammenarbeit in den Bereichen Freihandel und Energie sowie das Unterzeichnen des Visumsabkommens an. Die Impulse der „neuen Ostpolitik“ flossen zum Teil in das Strategiepapier der Kommission „Mitteilung zur Stärkung der ENP“ (siehe oben) ein.

Auf dem Oktober-Gipfel in Kiew wurde der erneut geäußerte Wunsch des ukrainischen Präsidenten, eine Beitrittsperspektive anzubieten, zurückgewiesen. Im März 2007 kündigte Juschtschenko an, auf ein sofortiges Aufnahmeversprechen nicht mehr zu drängen.

²⁰ vgl. FAZ vom 19. Mai 2007, <http://www.faz.net/s/Rub28FC768942F34C5B8297CC6E16FFC8B4/Doc~E1A9C4885679C43389E46C1CFBF2C699C~ATpl~Ecommon~Scontent.html>

²¹ vgl. „Samara war der Gipfel. Schwere Vorwürfe an Putin“, n-TV, Samstag, 19. Mai 2007, <http://www.n-tv.de/804321.html>

Daraufhin unterstrich die EU-Außenkommissarin Ferrero-Waldner, dass „die Tür zur EU“ für die Ukraine nicht verschlossen sei.²²

Obgleich sich die innere Krise seit den Parlamentswahlen (siehe Kapitel 2.4) zunehmend zuspitzte und die Ukraine am Rand der Handlungsunfähigkeit stand, wurde im Bereich der Nachbarschaftspolitik im Laufe des vergangenen Jahres einiges erreicht. Im Dezember 2006 hat die Kommission einen Fortschrittsbericht zur Umsetzung des Aktionsplans EU-Ukraine (2005 - 2008) verabschiedet. In dem Bericht wurde die Durchführung von freien und demokratischen Parlamentswahlen im März 2006, sowie die weiteren Schritte, welche die Achtung der Menschenrechte gewährleisten und den Rechtsstaat konsolidieren sollen (zum Beispiel die Abschaffung der Beschränkungen für Medien und Zivilgesellschaft oder die Zollreform) positiv bewertet. Ebenfalls bewertete die Kommission die Zusammenarbeit mit der Ukraine im Bereich der Außenpolitik positiv, unter anderem die verstärkte Zusammenarbeit bei der Klärung der Transdnestrien-Frage. Allerdings wurden die starke Korruption sowie das Fehlen eines unabhängigen Justizsystems kritisiert.

Anfang März 2007 wurden die Verhandlungen zwischen der EU und der Ukraine über das „vertiefte Abkommen“ aufgenommen, für das die EU bis 2010 bereits fast 500 Mio. Euro bereitstellen will, was eine deutliche Erhöhung der bisher bereitgestellten Mittel bedeutet. Das „vertiefte Abkommen“ wird auf dem Ukraine-EU-Gipfel in Kiew im September 2007 konkretisiert.

Der Druck der EU, die ENP weiterzuentwickeln, ebenso teilweise auch das Engagement für die Ukraine auf der europäischen Ebene, nahmen im Zuge der aktuellen ukrainischen Verfassungs- und Parlamentskrise, welche die Handlungsfähigkeit des Landes weitgehend blockiert, vorläufig ab. Der Hohe Vertreter für die GASP, Solana, bot an, zwischen den Konfliktparteien zu vermitteln. Der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des EP, Saryusz-Wolski, regte Mitte April 2007 die Entsendung einer Ad-hoc-Delegation in die ukrainische Hauptstadt an. Dennoch fand keine wirkungsvolle gemeinsame Aktion statt. Polen, das noch Ende 2004 zwischen den Konfliktparteien konstruktiv und geschickt vermittelte, kann diese Rolle unter der nationalkonservativen Führung der Kaczynski-Brüder nicht mehr erfüllen.

Belarus: neue Dynamik in den Beziehungen mit der EU

Belarus zählt zwar zu den Adressaten der ENP, nimmt jedoch nicht im vollen Umfang an der ENP teil. Wegen massiver Menschenrechtsverletzungen empfahl ein ENP-Strategiepapier von 2004 eine nur beschränkte Einbeziehung von Belarus. In Folge der Ereignisse um die Präsidentschaftswahlen (März 2006) und insbesondere durch die Aktivitäten der belarussischen demokratischen Opposition (Jeans-Revolution), gewannen die Beziehung zwischen der EU und Belarus jedoch an Dynamik.

Nach den Präsidentschaftswahlen, die WahlbeobachterInnen der OSZE und der Opposition als manipuliert bewerteten, begann Präsident Lukaschenko, mit der demokratischen Opposition abzurechnen. Die Proteste, die bis zu 20.000 SympathisantInnen der Opposition

²² vgl. <http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/300&format=HTML&aged=0&language=DE>

mobilisierten, wurden brutal unterdrückt. Das Zeltlager der Protestierenden auf dem Oktober-Platz in Minsk wurde von der Polizei nachts geräumt und Dutzende von AktivistInnen inhaftiert. Eine der führenden Persönlichkeiten der demokratischen Opposition, Alexander Kasulin, der sich für die Inhaftierten einsetzte, wurde ebenso verhaftet und zu einer fünfeinhalbjährigen Gefängnisstrafe verurteilt. Ebenfalls begann Lukaschenko, die politische Kontrolle und den ideologischen Druck auf die Gesellschaft insgesamt zu steigern. Die Sicherheitsagenturen und Behörden, welche den Machterhalt garantieren sollen, wurden finanziell kräftig unterstützt. Mit den Maßnahmen schaffte es Lukaschenko bei einer weiterhin stabilen sozial-ökonomischen Lage im Land, die Opposition zunehmend zu isolieren. Währenddessen bröckelte die Einigkeit der demokratischen Opposition und die Konsolidierung der demokratischen Kräfte um den Präsidentschaftskandidaten Milinkiewisch scheiterte an den Ambitionen und Eitelkeiten der führenden Oppositionellen.

Nachdem die Fälschung der Wahlergebnisse bestätigt und weitere Menschenrechtsverletzungen, insbesondere im Umgang mit der Opposition, festgestellt wurden, verschärfte die EU ihre Kritik an der belarussischen Regimepolitik und verhängte noch im April 2006 ein Einreiseverbot gegen Lukaschenko und 36 weitere führende belarussische Politiker. Im Mai 2006 wurden die ausländischen Konten der Politiker eingefroren.

Zugleich wurde im November 2006 ein Papier der Europäischen Kommission²³ veröffentlicht, welches ein Angebot einer politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit enthält und die diesbezüglichen Vorteile für die belarussische Bevölkerung dargelegt. Daran geknüpft wird die Bedingung der Einleitung demokratischer Reformen.

Im Juni 2007 veröffentlichte die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) einen Bericht, in dem die Verletzung der grundlegenden Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte in Belarus festgestellt wurde. Daraufhin beschloss die EU am 21. Juni 2007 wirtschaftliche Sanktionen, welche die Streichung der Zollpräferenzen gegenüber Belarus umfassten und für das Land einen Verlust in Höhe von bis zu 400 Mio. Euro jährlich bedeuten.

Unter dem deutschen Vorsitz forderte die EU im Mai 2007 Belarus darüber hinaus ausdrücklich auf, alle politischen Gefangenen umgehend freizulassen und den Druck auf oppositionelle Gruppierungen wie die „Malady Front“ sofort einzustellen.

Mit den Maßnahmen, die sich zwischen Sanktionen für Verletzungen von demokratischen Standards und Angeboten der wirtschaftlichen Zusammenarbeit bewegten, wollte die EU sowohl die belarussische Opposition und die Zivilgesellschaft unterstützen, als auch durch ökonomische Anreize Impulse für die demokratische Transformation geben.

Geschlechterdemokratie / Frauenpolitik

Einleitung

Die im März 2006 von der Europäischen Kommission verabschiedete Roadmap on Gender Equality 2006 - 2010 beinhaltet einen aktuellen Maßnahmenkatalog zur Gleichstellung der Geschlechter. Das Jahr 2007 wurde von der Kommission zum Europäischen Jahr der Chancengleichheit für alle erklärt. Ziel ist es, das Bewusstsein der EU-Bürgerinnen und -Bürger für die ihnen zustehenden Rechte auf Gleichbehandlung zu stärken.²⁴ Die während der finnischen Ratspräsidentschaft (Juli - Dezember 2006) im Bereich der Gleichstellungspolitik verfolgten Prioritäten betrafen das Europäische Institut für Gleichstellungsfragen, die im Rahmen der Pekinger Aktionsplattform unternommenen Anstrengungen sowie die Ausarbeitung von einheitlichen Gesundheits- und Armutsindikatoren. Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft (Januar - Juni 2007) konzentrierte sich auf die Problematik der Gleichbehandlung von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt, wobei die Verbindung des Berufs- und Familienlebens betont wurde. Außerdem wurde das Engagement von Männern in der Kinderbetreuung sowie die Bildung von Frauen thematisiert.

In den mitteleuropäischen Mitgliedsstaaten wurden die von der Europäischen Union festgelegten Prioritäten politisch in unterschiedlichem Maße berücksichtigt. Generell muss man in der Region fehlenden politischen Willen feststellen, Verpflichtungen im Bereich der Gleichstellungspolitik umfassend nachzukommen.

„Alte“ Probleme von Polen, Tschechien und der Slowakei

Geschlechtergleichstellung und Frauenrechte als Teil der Familienpolitik

Geschlechtergleichstellung wird auf Regierungsebene in Polen, Tschechien und der Slowakei gegenwärtig ausschließlich im familienpolitischen Bereich berücksichtigt. Deutlich wird diese Tendenz durch Fakten auf institutioneller Ebene: Die Umsetzung der in diesem Bereich anstehenden Aufgaben wird Organen übertragen, in deren Verantwortung die Familienförderung liegt. In Tschechien wurde im Juni 2007 die bislang eigenständige Abteilung für Chancengleichheit des Ministeriums für Arbeit und Soziale Angelegenheiten in die Abteilung für Familienpolitik des Ministeriums eingegliedert. In Polen wurde ebenfalls im Juni 2007 die Abteilung für Familie, Frauen und Antidiskriminierung des Ministeriums für Arbeit und Sozialpolitik in die Unterabteilung für Familienangelegenheiten des Ministeriums für Regionalentwicklung überführt.

Die Maßnahmen, die zur Gleichstellung der Geschlechter getroffen werden, konzentrieren sich auf die Situation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt. In diesem Zusammenhang wurde allerdings die Notwendigkeit der stärkeren Einbeziehung von Männern in die Kinderbetreuung unzureichend berücksichtigt, obwohl die Thematik des Vaterurlaubs in Erklärungen von Politikerinnen und Politikern auf-

²³ Non-Paper "What the European Union could bring to Belarus". In: http://ec.europa.eu/comm/external_relations/belarus/intro/non_paper_11_06.pdf

²⁴ vgl. „Nichtdiskriminierung und Chancengleichheit für alle – eine Rahmenstrategie“, KOM (2005) 224 endgültig, Brüssel 1. Juni 2005

gegriffen wurde.²⁵ Ende Juni 2006 verabschiedete die slowakische Regierung eine Verfügung über die Vereinbarung des Familien- und Berufslebens für den Zeitraum 2006 - 2010. Diese Vereinbarung soll der Diskriminierung von Personen entgegenwirken, die Erziehungs- und Hausarbeit nachkommen. Dennoch fanden derartige Lösungsansätze in der vom Parlament verabschiedeten Arbeitsrechtsnovelle keinerlei Berücksichtigung. Das von der polnischen Regierung im März verkündete Programm einer profamiliären Politik konzentriert sich vornehmlich darauf, Frauen die Verbindung von familiären Verpflichtungen mit ihrer Berufstätigkeit zu ermöglichen, ohne jedoch Männer zu einem stärkeren Engagement hinsichtlich der Kinderbetreuung und der Hausarbeit zu motivieren. Die Vorlage eines Familiengesetzes sowie von Gesetzen, welche die Fernarbeit und Stelenteilung regeln sollen, sind aktuell in Vorbereitung.

Vernachlässigt wurde in fast allen Ländern die Beseitigung anderer Diskriminierungen, zum Beispiel der Gewalt gegen Frauen. Nur in Tschechien können in diesem Bereich bestimmte Fortschritte verzeichnet werden: Seit dem 1. Januar 2007 gilt dort ein neues Gesetz gegen häusliche Gewalt, das auch im europäischen Vergleich relativ fortschrittlich ist, da es den Schutz der Opfer stärkt: Täter können nun auch ohne Gerichtsverfahren bis zu einem Jahr aus dem Haus oder der Wohnung verwiesen werden.

Auf Druck der Europäischen Kommission wurden in allen Ländern Maßnahmen eingeleitet, welche die vollständige Implementierung der Antidiskriminierungsrichtlinie zum Ziel haben. Im April 2007 stellte in Polen das Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik eine Gesetzesvorlage zur Gleichbehandlung vor.²⁶ In der Tschechischen Republik begann das Parlament erst nach vierfacher Mahnung seitens der Europäischen Kommission die Diskussion über eine Gesetzesnovelle zur Antidiskriminierung, welche am 1. Januar 2007 hätte in Kraft treten sollen. In der Slowakei wurde die Arbeit an der Novellierung des Antidiskriminierungsgesetzes aufgenommen, welches auch die in der Richtlinie formulierten Grundsätze der Gleichbehandlung und des Zugangs zu Waren und Dienstleistungen berücksichtigt.

Polen: Backlash im Bereich der reproduktiven Frauenrechte

Im Oktober 2006 unternahmen in Polen die konservativ-rechten Regierungsparteien einen erneuten Versuch, das Anti-Abtreibungsgesetz zu verschärfen. Die von der rechtsklerikalen LPR eingebrachte Initiative, den Schutz des menschlichen Lebens ab dem Moment der Zeugung in der Verfassung der Republik Polen festzu-

²⁵ Die polnische Ministerin für Arbeit und Sozialpolitik erklärte, Polen unterstütze die Unionsinitiative zur Einführung eines Urlaubs für Väter bei der Geburt eines Kindes. Der tschechische Premier kündigte die Einführung von 5 Tagen bezahlten Urlaubs für Väter bei Geburten an. Mit einer ähnlichen Initiative ging in der Slowakei die Partei Christlich-Demokratische Bewegung an die Öffentlichkeit.

²⁶ Diese Gesetzesvorlage bezieht sich vor allem auf die Richtlinie 2004/113/WE vom 13. Dezember 2004 zum Prinzip der Gleichbehandlung von Frauen und Männern im Bereich des Zugangs zu Waren und Dienstleistungen, soll jedoch ebenso zur Umsetzung anderer Direktiven beitragen: 2000/78/WE v. 27. November 2000, 2000/43/WE v. 29. Juni 2000 i 2006/54/WE v. 5. Juli 2006.

schreiben (Art. 30 und 38), wurde auch von einem Teil der Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS) unterstützt. Für einige Monate kehrte das Thema Schwangerschaftsabbruch erneut in die Schlagzeilen und in die parlamentarische Debatte zurück. Die Mehrheit der polnischen BürgerInnen sprach sich für die Beibehaltung der Verfassung sowie des sogenannten Abtreibungskompromisses nach geltendem Recht aus. Die parlamentarische Debatte wurde von Protesten zivilgesellschaftlicher AkteurInnen begleitet (Mahnwachen, Coming-Out-Aktionen von Frauen, die Schwangerschaften abgebrochen haben), welche die Wahlfreiheit und Liberalisierung des Anti-Abtreibungsgesetzes befürworteten. Bei der Abstimmung am 13. April 2007 lehnte der Sejm endgültig alle Änderungsanträge ab. Betont werden muss allerdings, dass lediglich dreißig Stimmen zur Durchsetzung einer Verfassungsänderung fehlten.

Die zivilgesellschaftliche Bewegung „pro choice“ gründete den Interessenverband „Verein ‚Wir über uns selbst‘ S.O.S.“,²⁷ der sich derzeit neben der Föderation für Frauen und Familienplanung²⁸ als Hauptakteur um eine Liberalisierung des Anti-Abtreibungsgesetzes bemüht. Ein Etappensieg der „pro choice“-Bewegung war das Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte im Fall Alicja Tysi c. Das Gericht entschied, dass die verwehrte Möglichkeit eines legalen Schwangerschaftsabbruchs einem Gesetzesverstoß gleichkommt und Alicja Tysi c aufgrund der mit der Schwangerschaft verbundenen gesundheitlichen Schäden eine Entschädigung in Höhe von 25.000 Euro zusteht.

Das „Europäische Jahr der Chancengleichheit für alle“ (EYE-OA)

Obwohl im Rahmen des EYEEOA die aktive Einbeziehung der Gesellschaft und der Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern angestrebt werden soll, hatten Nichtregierungsorganisationen in Mitteleuropa nur bedingt Einfluss auf die Formulierung der Strategien für das EYEEOA und praktisch keinen Einfluss auf deren Umsetzung. Die in Tschechien und Polen für die Koordinierung von Maßnahmen im Rahmen des EYEEOA verantwortlichen Regierungsinstitutionen beriefen zwar Beratungsorgane ein (in Tschechien das Europäische Forum, in Polen das EYEEOA-Beratungskomitee), in die VertreterInnen aus dem Nichtregierungssektor eingeladen wurden, diese hatten aber keinerlei Möglichkeit der Einflussnahme im Rahmen der Entscheidungsmechanismen. Gemäß den beschlossenen Länderstrategien anlässlich des EYEEOA sollten die Veranstaltungen auf nationaler Ebene sowie auf lokaler Ebene durch die Auswahl und Förderung von NGO-Projekten sichergestellt werden. Die Auswahlverfahren zur Verteilung von Fördermitteln dauerten mehrere Monate, was eine Verzögerung bei der Durchführung der Projekte bewirkte – in Polen und in der Slowakei wurden bis Ende Juni 2007 an keine der ausgewählten Organisationen die bereits bewilligten Mittel ausbezahlt. Obwohl laut EU-Rahmenstrategie für das EYEEOA die Bekämpfung der Diskriminierung aufgrund von Geschlechterzugeh rigkeit eine der Prioritäten ist, kann bereits heute festgestellt werden, dass dieses Ziel in Tschechien praktisch nicht umgesetzt wird: Keine einzige Frauenorganisation erhielt eine Förderung, und keines der

²⁷ Stowarzyszenie Same o Sobie - S.O.S

²⁸ Federacja na rzecz Kobiet i Planowania Rodziny

dort bewilligten Projekte ist der Problematik der Gleichbehandlung von Frauen und Männern gewidmet. In der Slowakei werden nur zwei Projekte mit dieser thematischen Ausrichtung gefördert. In Polen befinden sich unter den dreißig Organisationen, denen eine Förderung in Aussicht gestellt wurde, sechs mit Frauen- sowie zwei mit lsbt-Bezug (Lesbisch, schwul, bisexuell, transgener), bisher wurden ihnen jedoch keine Mittel für die Projektdurchführung zugewiesen.

Zusammenarbeit von Frauenorganisationen in der erweiterten EU

In den Ländern unternahmen Frauenorganisationen Versuche, verstärkt in der European Women's Lobby (EWL) mitzuwirken. Die schon seit drei Jahren existierende Tschechische Frauenlobby engagiert sich seit Ende Februar 2006 stärker, indem sie unter anderem Protestbriefe an Premier Mirek Topolánek verfasste²⁹ sowie im EWL-Forum Lobbyarbeit für die Einführung eines „Tages der Gleichstellung der Geschlechter“³⁰ auf EU-Ebene leistete. Die Slowakische Frauen-Lobby (SLK) ist seit der Übernahme der Koordinationsfunktion durch die nichtfeministische Organisation „Profesjonalne Zeny“³¹ weniger aktiv – zuvor hatte die feministisch ausgerichtete Organisation „Možnost Volby“³² die Leitung inne. Unter der früheren Leitung zeichnete sich die SLK durch starkes Engagement aus, beispielsweise durch Proteste gegen die Unterzeichnung des Konkordatsvertrags zwischen dem Vatikan und der Slowakei wegen der möglichen Gefahr zu großer Einflussnahme der katholischen Kirche auf die Staatspolitik. Die Polnische Frauenlobby (PLK), 2003 gegründet und seit 2004 EWL-Mitglied, stellte wegen einer Krise der ihre Aktivitäten koordinierenden Organisation (Ośka) ihr Wirken ein, der EWL-Mitgliedsstatus wurde ihr daraufhin aberkannt.

Hauptbarriere für die Tätigkeit der landesweiten Koordinierungsorganisationen in Polen, Tschechien und der Slowakei ist jedoch die Tatsache, dass die dortigen Mitgliedsgruppen und Organisationen hauptsächlich mit dem „Kampf ums Überleben“³³ beschäftigt sind, was ein zusätzliches Engagement in Dachorganisationen erschwert. Zu erkennen ist auch die Abneigung vor einer Institutionalisierung der Strukturen, die eine Dominanz der führenden Organisation zur

²⁹ Der Protestbrief wurde im Zusammenhang mit der anlässlich der Konferenz zur Eröffnung des *Europäischen Jahres der Chancengleichheit für alle* in Tschechien von Premier Mirek Topolánek gehaltenen Rede (2. April 2007) verfasst, nach Ansicht der Tschechischen Frauen-Lobby spiegelte sich darin das verächtliche Verhältnis der gegenwärtigen Regierung zur Geschlechtergleichstellung wider.

³⁰ Tschechische Frauenorganisationen organisierten auf Initiative von Gender Studies Prag am 19. Juni 2007 den „Tag der Gleichstellung der Geschlechter“ zwecks Hervorhebung der Tatsache, dass dies eines der Themen im Rahmen des EYEEOA ist.

³¹ Profesionalne Zeny – Professionelle Frauen.

³² Možnost Volby – „Die Möglichkeit der Wahl“.

³³ Im Zuge der Unionserweiterung zogen sich viele ausländische Geldgeber aus den mittelosteuropäischen Staaten zurück, dadurch verringerten sich die Fördermittel für Maßnahmen von NGOs, auch die von Frauenorganisationen.

Folge haben könnte wie aktuell in Polen. Dort wirkt sich die Tatsache, dass sich hier der Sitz von drei großen Netzwerken befindet, die mittelosteuropäische Frauen-NGOs vereinen, zusätzlich ungünstig aus: NEWW, KARAT und ASTRA sind, wie auch deren Mitgliedsorganisationen, nur bedingt an der Schaffung zusätzlicher Dachorganisation interessiert.

Die Standards der EU-Gleichstellungspolitik und die Ukraine – eine bislang formale Aktion

Für die politischen Eliten der Ukraine hat die europäische Integration höchste Priorität. Die Einführung von Standards der EU, darunter auch die mit der Gleichstellungspolitik verbundenen Standards in das politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben ist ein wichtiges strategisches Ziel. Das Prinzip der Einbindung der Geschlechtergleichstellung in alle Ebenen der Politik (*gender mainstreaming*) fand im EU-Ukraine-Aktionsplan Berücksichtigung sowie als horizontal angesiedelte Angelegenheit laut Maßnahmekatalog des Ukraine-Länderstrategiepapiers 2007 - 2013 (CSP).³⁴ In diesem Dokument wurde unter anderem der Umfang der Finanzhilfen der Europäischen Union für die Ukraine festgelegt. Die Analyse dieses Dokuments zeigte jedoch, dass der Gleichbehandlung von Frauen und Männern dort kein ausreichender Stellenwert eingeräumt wird. Nach Ansicht ukrainischer Expertinnen stellt die Tatsache, dass dieser Problematik kein eigenes Kapitel gewidmet wird, die Möglichkeit zur Nutzung dieses Instruments zur Beseitigung von Frauendiskriminierung (Frauenarbeitslosigkeit, geschlechterbedingten Berufstrennung, Disproportionalität der Gehälter, Diskriminierung beim Zugang zu Finanzen und Krediten sowie der geringe Frauenanteil in Führungspositionen)³⁵ in Frage. Da dieses Dokument keinerlei Kontrollmechanismen hinsichtlich der Einbindung des Prinzips *gender mainstreaming* vorsieht, fiel es schwer zu beurteilen, ob die Unionshilfe tatsächlich zur breit angelegten Vermittlung der Geschlechtergleichstellung in verschiedenen Bereichen des wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Lebens genutzt wird.

Die Verabschiedung des Gesetzes über gleiche Rechte und Chancen von Frauen und Männern, welches am 1. Januar 2006 in Kraft trat, bedeutet eine bessere Umsetzung der Gleichstellung der Geschlechter, muss aber auch kritisch bewertet werden. Das Gesetz garantiert den Schutz vor Diskriminierung aus Gründen der Geschlechterzugehörigkeit, legt die Grundzüge der Staatspolitik im Hinblick auf die Garantie der Gleichbehandlung fest und ermöglicht sogar die Einführung einstweiliger Zuwendungen, um einen Chancenausgleich zwischen Frauen und Männern zu ermöglichen. Sein wesentliches Manko ist jedoch die Nichtberücksichtigung effektiverer Instrumente zu Gunsten des Aufstiegs von Frauen – zum Beispiel durch eine Quotenregelung –, obwohl dies in der Gesetzesvorlage ursprünglich vorgesehen war. Diese hätte zur Erhöhung des sehr geringen Frauenanteils im politischen Bereich beitragen können: Nach den Wahlen 2006 fanden sich lediglich 8% Frauen im Parlament wieder, in

³⁴ CSP - *Ukraine Country Strategy Paper CSP 2007-2013*.

³⁵ Oksana Kisselyova, Iryna Trokhym, *EU Gender Watch. Gender Analysis of EU Development Instruments and Policies in Ukraine Representing EU Neighbouring Countries*, NEWW Poland, Kiev, Lviv 2007.

den zentralen Exekutivorganen sind es 7%, wobei keine der Frauen an der Spitze eines Ressorts steht. Nach dem Urteil von Nichtregierungsorganisationen sind weitere Schwächen des Gesetzes zu erkennen: Obwohl Gleichstellungspolitik durch unterschiedliche staatliche Institutionen umgesetzt werden sollte, wurde laut diesem Gesetz die Verantwortung dafür praktisch ausschließlich der Abteilung für die Chancengleichheit im Ministerium für Familie, Jugend und Sport einerseits sowie der Abteilung für die Gleichstellung der Geschlechter der Kommission für Menschenrechte, Nationale Minderheiten und Internationale Beziehungen andererseits zugewiesen.

Energie- und Klimapolitik

Einleitung

Die Themen Energie- und Klimapolitik gewannen vor allem im ersten Halbjahr 2007 in der Region auch durch wichtige internationale Impulse an Bedeutung. Zu nennen sind hier der Bericht des britischen Ökonomen Nicolas Stern, die neuesten IPCC-Berichte und die Schwerpunktsetzung der deutschen EU-Ratspräsidentschaft auf Energie- und Klimapolitik. Der Stern Review und die IPCC-Berichte wurden intensiv in der Expertengemeinschaft, aber auch in den Medien der Region diskutiert. Hierbei fällt auf, dass innerhalb der Medien nur wenige Journalistinnen und Journalisten die Expertise haben, um über das Thema differenziert und kritisch berichten zu können.

In Polen, Tschechien und der Slowakei stellen die Diskussion um die Nationalen Allokationspläne für die Emissionshandelsperiode 2008 – 2012 sowie die Rolle dieser Länder beim EU-Energiegipfel im Frühjahr 2007 die entscheidenden energie- und klimapolitischen Ereignisse des letzten Jahres dar. Zudem muss erwähnt werden, dass in allen Ländern das Thema Energieversorgungssicherheit an Bedeutung gewinnt.

NAP: Nationale Allokationspläne 2008 – 2012

Alle drei Länder reichten bei der EU-Kommission 2006 Entwürfe für die Nationalen Allokationspläne ein, die in ihrer ursprünglichen Form nicht genehmigt worden sind. Die EU verlangt eine Verminderung der angegebenen Mengen an CO₂-Emissionszertifikaten, die in den jeweiligen Ländern verteilt werden sollten. Sie genehmigte die Pläne der Tschechischen Republik und Polens unter der Voraussetzung, dass die vorgeschlagene Gesamtmenge der zu verteilenden Emissionszertifikate um 14,8% (Tschechien) und 26,7% (Polen) verringert wird. Die EU-Kommission begründete ihre Entscheidung damit, dass die ursprünglich vorgeschlagene Menge nicht mit den zu erwartenden Emissionen und dem technologischen Emissionsverringeringspotenzial beider Länder übereinstimme. Dadurch diene der durch die jeweiligen Länder vorgelegte NAP nicht dazu, die notwendige Knappheit auf dem europäischen Kohlenstoffmarkt herzustellen, die dazu führen soll, dass der Emissionshandel ein wirksames Instrument für den Klimaschutz wird. Wie schon die Slowakei im Februar 2007 entschieden Polen und die Tschechische Republik wenig später, gegen die von der EU-Kommission bestimmten Änderungsaufgaben Klage vor dem Europäischen Gerichtshof einzureichen. Alle Länder begründen ihre Klagen damit, dass die von der EU-Kommission festgeschriebenen Auflagen ihre ökonomische Entwicklung ausgesprochen negativ beeinflussen würden. Auch Ungarn plant eine entsprechende Klage. Von Seiten der NGOs wurden

die Klagen stark kritisiert. Der tschechische Umweltminister Martin Bursík (SZ) sprach sich ebenfalls gegen eine Klage aus, unterlag im Kabinett jedoch dem Industrieminister Martin Ríman (ODS), der sich vehement für die Klage einsetzte. Bursík kündigte an, dass er die Klage nicht unterschreiben werde.

EU-Ratspräsidentschaft: Energiegipfel

Auch im Rahmen des EU-Gipfels im März, bei dem Klimaschutz und Energiepolitik die Hauptthemen waren, spielten die Länder der Region eine kritische Rolle. Ein Streitpunkt im Verlauf des Gipfels war die Verabschiedung ehrgeiziger Ziele zum Ausbau erneuerbarer Energien. Letztendlich wurde festgeschrieben, dass bis 2020 der Anteil erneuerbarer Energien auf 20% erhöht werden soll. Dieses Ziel gilt für die gesamte EU. Je nach den spezifischen Situationen sollen konkrete Ziele für die einzelnen Mitgliedsstaaten festgelegt werden, die zur Erreichung des Gesamtziels beitragen. Gerade die tschechische Regierung stand diesen verpflichtenden Zielen kritisch gegenüber. Sie äußerte Befürchtungen, die Tschechische Republik liefe Gefahr, festgeschriebene Ziele nicht einhalten zu können. Alle Länder der Region setzten sich stark dafür ein, dass die ökonomisch weniger starken neuen EU-Mitgliedsländer einen deutlich geringen Anteil zu Erreichung dieses Zieles als die alten ökonomisch starken Mitgliedsländer beitragen sollten. Im Rahmen des Gipfels wurde auch das Thema Atomkraft angesprochen. Trotz des im Koalitionsvertrag durch die Grünen durchgesetzten Stopps des weiteren Ausbaus der Atomenergie in der laufenden Legislaturperiode sprach sich der Regierungschef Topolánek (ODS) dafür aus, in der EU stärker über die zukünftige Nutzung der Atomenergie zu diskutieren. Topolánek machte aber auch deutlich, dass er sich nicht bemühen werde, seine Koalitionspartner von dieser Ansicht zu überzeugen und Umweltminister Bursík (SZ) entscheiden solle, ob sich Tschechien in den kommenden vier Jahren auf einen Ausbau der Atomenergie vorbereiten werde. Auch die Slowakei setzt sich für den Ausbau der Atomenergie in Europa ein. Ende Mai beschlossen Tschechien und die Slowakei anzubieten, in Zukunft abwechselnd Gastgeberland für das europäische Atomforum zu werden.

Der polnische Präsident Kaczynski nutzte die Ergebnisse des EU-Energie-Gipfels, um zu verdeutlichen, dass die EU auch ohne Verfassung funktioniere und das aus Sicht der Visegrád-Staaten sogar besser. Wäre die Verfassung in Kraft, wären seiner Meinung nach die mitteleuropäischen Staaten beim Gipfel mithilfe des Mehrheitsprinzips überstimmt und die energiepolitischen Richtlinien gegen ihren Willen und zu ihrem Nachteil verabschiedet worden.

Tschechien: Akzente des grünen Umweltministers

Im März beschlossen die Umweltminister Tschechiens und Deutschlands im Bereich der erneuerbaren Energien künftig enger zusammenzuarbeiten. Das tschechische Umweltministerium will gezielt erneuerbare Energien fördern und ihren massiven Ausbau vorantreiben. Auch hier steht es in Konflikt mit dem Industrie- und Handelsministerium, das in Tschechien kaum Potenziale für Wind- und Sonnenenergie sieht und Kernkraft für die beste alternative Energiequelle hält. 2007 stellte das Umweltministerium zudem das nationale Programm zur Emissionsreduzierung vor. Schwerpunkte des Programms sind die Reduzierung von Feinstaubpartikeln und Stickstoffoxiden, die im Straßenverkehr und bei Verbrennungsprozessen entstehen. Diese Reduzierung soll erreicht werden, indem

weniger Kohle verbrannt und strengere Emissionswerte für Autos eingeführt werden.

Ukraine

In der Ukraine gab es keine wesentlichen Entwicklungen im Bereich der Energiepolitik. Die energiepolitische Debatte ist weitgehend von der Frage des Gasimportes und der Sicherstellung der Energieversorgung geprägt. In diesem Zusammenhang werden sowohl Fragen der Diversifizierung der Energiequellen, als auch der Diversifizierung der Energielieferanten diskutiert. Ersteres spiegelt sich in der nationalen Energiepolitik wider, die weiterhin einen deutlichen Schwerpunkt auf den Ausbau von Atomenergie setzt. Das nationale Kernenergieunternehmen Energoatom bereitet intensiv den Bau neuer Reaktoren vor. Im Bereich der Energieeffizienzmaßnahmen, die in der Ukraine sehr große Potenziale bieten, hat die Regierung ihre Möglichkeiten, Fortschritte zu erzielen, bisher so gut wie gar nicht genutzt. Ein einziger positiver Schritt ist darin zu sehen, dass der Gaspreis für die Verbraucherinnen und Verbraucher jetzt in Abhängigkeit von der Menge des genutzten Gases berechnet wird. Die Diversifizierung der Energielieferanten spiegelt sich vor allem in der Diskussion um die Beziehungen zu Turkmenistan wider, bei der Fragen der Gaslieferungen an die Ukraine eine wichtige Rolle spielen.

2. Polen

Polen: Kampfrhetorik der Regierenden und zwischenparteiliche Machtkämpfe

Disziplinierungsmaßnahmen in den PiS-Partei Reihen

Am 10. Juli 2006 löste der Vorsitzende der regierenden PiS, Jaroslaw Kaczynski, den bis dahin amtierenden Regierungschef Marcinkiewicz im Amt des Ministerpräsidenten ab. Die Entlassung Marcinkiewiczs, der durch die wachsende Popularität den eigenen Parteivorsitzenden in den Schatten zu stellen schien,³⁶ markierte den Beginn der Tendenz, loyale aber zu selbständig denkende Politiker aus den eigenen Reihen in das politische Abseits zu schicken. Hierzu gehörten vor allem die Entlassung des Verteidigungsministers Sikorski im Februar 2007 und der kurz darauf folgende Rücktritt des Innenministers Dorn. Beide scheiterten an Konflikten mit den beiden Kaczynski bedingungslos treuen Regierungsmitgliedern, dem Beauftragten zur Auflösung der geheimen Militärdienste (WSI) Macierewicz und Justizminister Ziobro.

Ende Juni wurde darüber hinaus ein Disziplinarverfahren gegen den Vorsitzenden des außenpolitischen Sejm-Ausschusses, Zalewski, in die Wege geleitet, der wegen der Kritik an der Verhandlungsführung der Außenministerin Fotyga während des Juni-Gipfels in Brüssel (siehe Kapitel 1.1.1) voraussichtlich aus den Parteireihen ausgeschlossen wird. Innerhalb des vergangenen Jahres wurden die Reihen der aktiven PiS-PolitikerInnen neu strukturiert, dabei galt als

³⁶ Laut Umfragen hielten 63% der Befragten Marcinkiewicz zum Zeitpunkt seines Rücktritts für einen guten Regierungschef.

Messlatte für den politischen Erfolg und Kriterium für das politische Überleben die Treue zu den Kaczynski-Brüdern.

Turbulenzen in der Regierungskoalition

Seit der Gründung im Mai 2006 befindet sich die Koalition zwischen der national-konservativen PiS und zwei Randparteien, der linkspopulistischen Samoobrona³⁷ und der rechts-klerikalen Liga der Polnischen Familien (LPR) im Zustand der permanenten Krise. Zum einen versuchten die kleinen Koalitionsparteien die an die PiS verlorenen Teile der WählerInnenschaft,³⁸ Landwirte (Samoobrona) und die ultrakatholische Zuhörerschaft des „Radio Maryja“ (LPR) mit Initiativen wiederzugewinnen, die im Gegensatz zur Regierungspolitik standen. Zum anderen wurde das Fortbestehen der Regierung mit Skandalen, in welche die führenden LPR- und Samoobrona-Politiker verwickelt sind, in Frage gestellt.

Im September 2006 lehnte der Samoobrona-Chef Lepper den Haushaltsentwurf für das Jahr 2007 wegen der nicht ausreichenden Unterstützung für Landwirte und sozial Schwache ab und wurde daraufhin aus der Regierung entlassen. Damit begann die Regierungskrise, bei der sich auch die PiS-Führung mit dem Versuch der politischen Korruption („Bebergate“) blamierte. Auf der Suche nach einer Mehrheit für die Regierung versuchten PiS-Politiker, einige der Samoobrona-Abgeordneten, unter anderem Renata Beger, die das Gespräch mit versteckter Kamera aufnahm, mit dem Versprechen von politischen Vorteilen und Ämtern zum Überlaufen in die PiS-Fraktion zu überreden.

Die rechtsklerikale LPR profilierte sich als Hüterin der christlichen Werte, indem sie die Festschreibung des absoluten Verbotes für den Schwangerschaftsabbruch in die Verfassung initiierte (siehe Kapitel 1.3) und sich öffentlich gegen „homosexuelle Propaganda“ aussprach. Beide Initiativen brachten die Regierung in vorübergehende Schwierigkeiten: Der Versuch der Verschärfung des Anti-Abtreibungsgesetzes hatte die Spaltung (Mitte April 2006) der bislang geschlossenen PiS-Reihen zur Folge. Wegen der vom Bildungsministerium angekündigten Maßnahmen gegen „homosexuelle Propaganda“ erhielt die polnische Regierung eine Rüge des Europäischen Parlaments.

Seit Anfang Dezember 2006 wurden führende Politiker der Samoobrona (unter anderem der Parteivorsitzende Lepper und der Vize-Vorsitzende Lyzwinski) beschuldigt, für Posten in der Parteistruktur sexuelle Gefälligkeiten als Gegenleistung zu fordern.

Ebenfalls im Dezember wurden erneut³⁹ Verbindungen von LPR-Politikern zur rechtsextremen Szene aufgedeckt. Der von der LPR designierte Vize-Chef des staatlichen Fernsehens Farfal entpuppte sich als ehemaliger Herausgeber des faschistischen Blattes „Front“. Darüber hinaus wurden Fotos von Treffen und Kundgebungen der Neofaschisten entdeckt, auf denen führende LPR-Politiker (zum

³⁷ Samoobrona - „Selbstverteidigung“

³⁸ Laut CBOS-Umfragen vom 7. Juli 2007 sank die Zustimmung für Samoobrona von 12% (September 2005) auf 6% (Juli 2007) und für LPR von 8% (September 2005) auf 2% (Juli 2007).

³⁹ siehe Jahresbericht 2005/2006

Beispiel der Minister für Meereswirtschaft Wiechecki) mit dem Hitlergruß abgelichtet wurden.

Aktuell (Mitte Juli 2007) gilt die Koalition wieder als gefährdet. Die Antikorruptionsbehörde (CBA) behauptete, Beweise sichergestellt zu haben, dass der Samoobrona-Chef Lepper von Bestechungsgeldern, die als Gegenleistung für die Umwandlung von Landwirtschaftsflächen in Baugrundstücke gezahlt wurden, mitprofitiert hätte. Lepper selbst wurde bereits aus den Regierungsämtern entlassen. Ob die Samoobrona dem Vorsitzenden folgend die Regierungskoalition verlässt, ist allerdings fraglich. Während der Sondersitzung am 12. Juli 2007 entschied sich die Partei vorerst dagegen.

Selbstisolierung Polens im Bereich der Außenpolitik

Als die dem Präsidenten nahe stehende A. Fotyga den parteilosen S. Meller auf dem Posten des Außenministers im Mai 2006 ablöste, kommentierte Ministerpräsident Kaczynski das Ereignis mit den Worten: „Wir haben die Außenpolitik wiedererobert“. ⁴⁰ Seitdem wurden die Entscheidungen, die die polnische Außenpolitik betreffen, im kleinen Kreis der engsten Mitarbeiter des Präsidenten und des Premiers getroffen und den mitregierenden Koalitionsparteien, wie auch der Opposition und der Öffentlichkeit bloß mitgeteilt.

Die außenpolitische Zuständigkeit hat sich deutlich in Richtung der Kanzlei des Staatspräsidenten verschoben. Dort wurden seitdem die Positionen der nationalkonservativen Regierung zu den Schlüsselfragen der polnischen Außenpolitik, wie die Position zum Verfassungsvertrag (siehe Kapitel 1.1.1), ausgearbeitet. Dementsprechend wurde die Rolle des Außenministeriums marginalisiert, das nun lediglich als eine ausführende Institution für die Ideen von Präsident und Premier gilt.

Auf der europäischen Ebene war die polnische Außenpolitik von Konfrontation und einer Blockadehaltung geprägt, die im Laufe des vergangenen Jahres vor allem auf die einseitige Durchsetzung der nationalen Interessen Polens hinzielten. So hat Polen im November 2006 zunächst die Verhandlungen über das Abkommen zwischen der EU und Russland wegen des russischen Embargos gegenüber den polnischen Lebensmitteltransporten mit einem Veto wirksam blockiert (siehe auch Kapitel 1.3.1). Der Ratifizierungsprozess des EU-Verfassungsvertrages wurde durch Polens Beharren auf der geänderten Abstimmungsregelung gefährdet (siehe Kapitel 1.1.1). Die mit der EU nicht abgestimmte Entscheidung der Regierung, in Polen einen Teil des US-amerikanischen Raketenabwehrsystems zu installieren, führte zu zusätzlichen Belastungen in den angespannten Beziehungen zwischen Russland und der EU. Insbesondere die polnische Blockadehaltung im Streit um den Verfassungsvertrag wurde auf der EU-Ebene stark kritisiert: Es hieß „die Brüder Kaczynski und Polens politische Führung haben ihrem Land und Europa einen schlechten Dienst erwiesen“ und „die Polen haben eine sehr unkluge Verhandlungsführung demonstriert und sich isoliert“. ⁴¹

In diesem Zusammenhang wird die polnische Außenministerin Fotyga derzeit am schärfsten kritisiert. Kurz nach dem Brüsseler Gipfel im Juni wurde ein Misstrauensvotum gegen sie gestellt, da sie durch ihre Inkompetenz und konfrontative Verhandlungsführung Polens Ansehen schädige. ⁴² In der Begründung warf ihr die oppositionelle Bürgerplattform Mangel an Ideen, Visionen und Professionalität sowie Konzeptlosigkeit und „Autismus“ bei der Gestaltung der polnischen Außenpolitik vor. Zudem habe Fotyga eine Serie von Fehlern begangen und sei für die Verschlechterung der Beziehungen zu Deutschland und Russland verantwortlich. ⁴³

Kommunalwahlen als Signal für die Verschiebungen auf der politischen Bühne Polens

Seit den Parlamentswahlen 2005 wurde die politische Bühne Polens von zwei Parteien des rechten Spektrums, der regierenden nationalkonservativen Recht und Gerechtigkeit (PiS) und der oppositionellen konservativ-liberalen Bürgerplattform (PO) dominiert, die gemeinsam 52% erzielten. Die gestörte Balance des parlamentarischen Parteienspektrums wurde durch die schwache linke Opposition ⁴⁴ sowie das Fehlen der parlamentarischen Mitte gefestigt. Die Ergebnisse der Wahl zu den Selbstverwaltungen, die im November 2006 stattfand, zeigten den Verlust des Vertrauens in die Regierenden und bedeuteten eine zaghafte Umstrukturierung der politischen Bühne.

Von der umstrittenen Regierungspolitik profitierte am meisten die oppositionelle Bürgerplattform (PO), die in den Wahlen 27,18% ⁴⁵ erreichte, wobei ihr Erfolg mehr auf die Fehler der Regierung und weniger auf das Erarbeiten von fundierten Alternativangeboten zur Regierungspolitik zurückzuführen ist. Die regierende PiS musste sich bei einem Stimmenanteil von 25,08 % mit dem zweiten Platz begnügen. Dabei wurden die mitregierenden populistischen Randparteien, die in den Wahlen nur 5,64% (Samoobrona) und 4,74% (LPR) der Stimmen erreichten, marginalisiert. Unerwartet viele Stimmen (13,2%) bekam die gemäßigte Bauernpartei PSL.

Mit 14,25% und somit einem relativen Erfolg wurde die neue Gruppierung Linke und Demokraten (LiD) belohnt, die im Vorfeld der Kommunalwahlen als eine lose Wahlkoalition zwischen der Demokratischen Linksallianz (SLD), Sozialdemokratie Polens (SDPI), Arbeitsunion (UP) und der Demokratischen Partei (PD) entstanden war. Damit scheint sich die polnische Linke zu konsolidieren und möglicherweise zu einer Mitte-Links-Formation zu entwickeln. Das Bündnis, das entgegen der bislang strikten Trennung die Veteranen der Solidarnosc-Bewegung (PD) und die Postkommunisten (SLD und SDPI) vereint, ist aus der Kritik an den Regierenden entstanden, welche „die Prinzipien der Demokratie nicht verstehen und die Prinzipien des Rechtsstaats missachten“. Vorerst will LiD eine Bürgerbewegung bleiben, doch die nächsten Wahlen (2009) gemeinsam bestreiten. Die Rückkehr des ehemaligen Präsidenten Kwasniewski

⁴² vgl. „Fotyga musi odejść“, Gazeta Wyborcza vom 4. Juli 2007

⁴³ ebda

⁴⁴ Die einzige linke Partei, die Demokratische Linksallianz, hat bei den letzten Parlamentswahlen 11% erreicht.

⁴⁵ Angaben aus 98,55% der Wahlprotokolle, Staatliche Wahlkommission

⁴⁰ vgl. Exposé des Ministerpräsidenten Kaczynski zum Amtsantritt, Gazeta Wyborcza vom 14. Juli 2006

⁴¹ vgl. „Kritik von Rechts bis Links an Polen“, Spiegel online vom 25. Juni 2007

in die aktive Politik (Mai 2007) und sein Engagement im Programmrat des Bündnisses hat die Formation zunächst gestärkt, kann aber auch zu internen Konflikten und Machtkämpfen innerhalb des Bündnisses führen.

Die Grünen 2004 – „Grünes Markenzeichen“ als Strategie

Vier Jahre nach der inoffiziellen Gründung⁴⁶ sind die Grünen 2004, mit einer Gesamtzahl von etwa 200 Mitgliedern und 15 Lokalverbänden, eine kleine, relativ unbedeutende politische Gruppierung der linken außerparlamentarischen Opposition. Die hohe Fluktuationsrate bei der Parteimitgliedschaft ist einer der Gründe und zugleich eine Bestätigung für die Strukturschwäche der Partei. Ein weiteres Problem ist der Mangel an finanzieller Existenzsicherung. Bei den Parlamentswahlen erreichte die informelle Koalition, welche die Grünen 2004 mit zwei weiteren linken Parteien (SDPi und UP) bildeten, zwar 3,9%;⁴⁷ bei der Verteilung der staatlichen Finanzierung gingen die Grünen jedoch leer aus. Angesichts der Gesetzeslage stehen die Aussichten auf Privatpenden schlecht: Ausländische Spenden verbietet die Verfassung, Spenden seitens der polnischen BürgerInnen sind unter anderem wegen des ungünstigen Steuerrechts⁴⁸ als illusorisch einzustufen.

Mit der Strategie, die parteiintern Einführung des „Grünen Markenzeichens“ genannt wurde, versuchten die Grünen sich stärker in der öffentlichen Wahrnehmung zu etablieren sowie neue SympathisantInnen und Mitglieder zu gewinnen. So beteiligten sich die Grünen im vergangenen Jahr an solchen Aktivitäten, die sich einerseits gegen die umstrittene Politik der nationalkonservativen Regierung richteten und andererseits ihre politische Identität ausdrückten. Hierzu gehörten ebenso Protestveranstaltungen gegen die Anwesenheit der polnischen Armee in Irak und Afghanistan und die Verankerung des absoluten Verbots gegen den Schwangerschaftsabbruch in der Verfassung, wie auch die Aktion für den Schutz des Rospuda-Tals sowie das Sammeln von Unterschriften zur Durchführung eines Referendums über die Einrichtung des Raketenabwehrsystems in Polen. Darüber hinaus wurde das wachsende Interesse der Öffentlichkeit an der Problematik der Energiesicherheit genutzt, indem eine Energiesparkampagne organisiert wurde. Dank der Strategie gelang es den Grünen, das durch die Medien kreierte Image der Partei, die sich ausschließlich für die Rechte der sexuellen Minderheiten einsetze, um die ökologischen und antimilitärischen Aspekte zu ergänzen.

Bereits im Laufe des vergangenen Jahres begannen die Grünen 2004 die Strategie für die Wahlen zum Europäischen Parlament (Frühjahr 2009) sowie zum Sejm und Senat (Herbst 2009) vorzubereiten. Als wichtigstes politisches Ziel wird der Einzug in die beiden Parlamente, möglichst im Alleingang und nicht als Teil einer Koalition gesehen. Ebenso wurde mit der Erarbeitung des grünen Parteiprogramms

begonnen, welches die Aussage über die politische Identität (das „Grüne Manifest“) mit einem Wahlprogramm für die kommenden Wahlen verbindet.

Während der Wahl zu den Selbstverwaltungen konnten die Grünen 2004 ihr Wahlpotenzial und die organisatorischen Möglichkeiten prüfen. Auf der Zentralebene schlossen die Grünen keinerlei Koalitionen ab und überließen die Entscheidung darüber den lokalen Verbänden. Die von der Partei aufgestellten KandidatInnen traten in 14 Städten in Polen zur Wahl an, hauptsächlich in Ballungsräumen und zumeist über die Listen der Wahlkomitees der Lewica i Demokraci (LiD).⁴⁹ In ganz Polen starteten von grünen Listen oder über Listenplätze ihrer Wahlbündnisse 103 Personen, die insgesamt 18.383 Stimmen erhielten, aber kein einziges Mandat errangen. Ein selbstständiges Wahlkomitee der Partei entstand in Warschau, wo die Grünen die meisten Stimmen erhielten: 11.210 (1,68%). Dieses Ergebnis war besser als noch bei den Wahlen zum Europäischen Parlament 2004. Damals gaben in Warschau nur 4.800 WählerInnen ihre Stimme für die Grünen ab.

Bei den Wahlen zu den Selbstverwaltungen trat zum ersten Mal der neu gegründete Block Lewica i Demokraci (LiD), zu dem sich die linken Parteien SLD, SdPi, UP sowie die Demokratischen Partei zusammenschlossen, an. Aus der Perspektive der Grünen 2004 ist es die einzige unter den Gruppierungen mit den Verbindungen zum Sejm (SLD), die perspektivisch als potenzieller Koalitionspartner in Frage käme, sofern diese Formation an der Kooperation mit den Grünen interessiert wäre.

Im vergangenen Jahr entstanden zwei neue Parteien, die mit ihrem Programm auf dieselbe WählerInnenschaft in den Großstädten abzielen, um welche auch die Grünen werben: die von der bekannten Schriftstellerin Manuela Gretkowska gegründete Frauenpartei sowie die von dem Gründer des in Polen populärsten Internetportals, Lukasz Foltyn, ins Leben gerufene Sozialdemokratische Partei. Die Grünen 2004 halten zu diesen Parteien eine freundschaftliche Distanz.

Darüber hinaus arbeiteten die Grünen mit den ihnen ideell nahe stehenden politischen und gesellschaftlichen Organisationen zusammen. Der wichtigste Partner scheint dabei das Umfeld der jungen linken Intellektuellen um die Vierteljahresschrift „Krytyka Polityczna“ zu sein.

Das wachsende Interesse der Öffentlichkeit an „grünen Themen“ wie Naturschutz, Energieeffizienz und erneuerbaren Energien muss nicht zwangsläufig die Chancen für das Etablieren der Partei auf der politischen Bühne erhöhen. Ein Teil der sich auf Ökologie und Gleichstellung beziehenden Postulate wurde auch von LiD aufgegriffen, und die ökologische Problematik findet zunehmend auch bei den Parteien des rechten Spektrums Anklang.

⁴⁶ Diese wurde auf dem Gründungskongress im September 2003 beschlossen, während die offizielle Registrierung erst im Februar 2005 erfolgte.

⁴⁷ Ab einem Wahlergebnis von mindestens 3% steht Parteien, proportional zu den gewonnenen Stimmen, eine Finanzierung aus dem Staatsbudget zu.

⁴⁸ Parteispenden lassen sich nicht von der Steuer abschreiben.

⁴⁹ LiD – Lewica i Demokraci (Linke und Demokraten)

3. Tschechien

Schwieriger Regierungsbildungsprozess: Juni 2006 – Januar 2007

Die Wahlen zum Abgeordnetenhaus in der Tschechischen Republik, die Anfang Juni 2006 stattfanden, führten zu einer „Patt-Situation“, da sowohl eine Dreierkoalition aus der konservativen Bürgerpartei (ODS), den Christdemokraten (KDU-ČSL) und den Grünen (Strana zelených, SZ) als auch eine Minderheitsregierung der Sozialdemokraten (ČSSD) unter Tolerierung der Kommunisten (KSČM) über keine Mehrheit verfügt (jeweils 100 von 200 Mandaten). Vor allen Dingen durch den emotional geführten Wahlkampf der großen Parteien, geprägt durch persönliche Angriffe zwischen den Vorsitzenden Mirek Topolánek (ODS) und Jiří Paroubek (ČSSD), war eine große Koalition schon zu Beginn der Verhandlungen ausgeschlossen. Auch die tschechischen Grünen sprachen sich gegen eine große Koalition aus, da diese politischen Stillstand bedeuten würde. Außerdem betonten sie, dass sie keine ČSSD-Regierung unterstützen würden, die auf Stimmen der Kommunisten angewiesen wäre.

Es folgte ein mehrmonatiger, schwieriger Regierungsbildungsprozess, der im Folgenden kurz zusammengefasst wird. Präsident Václav Klaus beauftragte am 5. Juni 2006 den Vorsitzenden der ODS Miroslav Topolánek mit der Regierungsbildung. Nach den Sondierungsgesprächen, welche die ODS mit den Christdemokraten und den Grünen führte, unterzeichneten die drei Parteien am 26. Juni 2006 einen Koalitionsvertrag. Die Dreierkoalition war auf eine Tolerierung der ČSSD angewiesen, die sich nicht bereit erklärte, die Dreierkoalition zu ermöglichen. Der Regierungsbildungsprozess war zudem blockiert, da es aufgrund der fehlenden Einigung nicht gelang, eine/n Parlamentsvorsitzende/n zu wählen. Die Grünen entschieden im August 2006, aus dem Koalitionsprojekt auszutreten und so Raum für neue Verhandlungen zu schaffen.

Am 16. August 2006 wurde daraufhin eine Minderheitsregierung der ODS unter Premier Topolánek vom Staatspräsidenten ernannt. Eine ernannte Regierung hat laut Gesetz 30 Tage Zeit, dem Parlament die Vertrauensfrage zu stellen. Diese Abstimmung verlor Topolánek am 3. September 2006, 96 Abgeordnete stimmten für sein Kabinett, 99 dagegen.

Nach den Kommunal- und Senatswahlen am 20. und 21. Oktober 2006 (siehe unten) beauftragte Präsident Klaus erneut Mirek Topolánek mit der Regierungsbildung. In der Folge kam es zu Verhandlungen über die verschiedensten Koalitionsmöglichkeiten. Eine Allparteienkoalition unter Ausschluss der KSČM scheiterte. Die darauf folgenden Gespräche über eine Dreierkoalition der ODS mit der ČSSD und der KDU-ČSL unterbrach die ODS am 13. Dezember überraschend. Daraufhin wurde das Projekt der Dreierkoalition der ODS, KDU-ČSL und SZ wiederaufgenommen.

Möglich wurde die erneute Aufnahme der Gespräche unter anderem durch die Tatsache, dass zwischenzeitlich zwei sozialdemokratische Abgeordnete, Michal Pohánka und Miloš Melčák, die ČSSD-Fraktion verlassen hatten – als Gründe gaben sie an, von ihrer Partei unter Druck gesetzt worden zu sein. Beide Abgeordneten signalisierten, dass sie die Dreierkoalition ermöglichen würden.

Die drei Parteien einigten sich noch im Dezember auf einen Koalitionsvertrag und die Besetzung der Ministerien. Die Grünen haben in der Regierungskoalition vier MinisterInnenposten (Umweltminister und Vize-Premierminister: Martin Bursík; Schulministerin: Dana Kuchtová; Ministerin ohne Portfolio: Džamila Stehliková; Außenminister: Karel Schwarzenberg). Präsident Klaus ernannte am 9. Januar 2007 die Regierung, nachdem er öffentlich bekannt gegeben hatte, dass er diese Koalition und die Besetzung der Ministerien nicht befürworte.

Im Koalitionsvertrag konnten die Grünen beispielsweise durchsetzen, dass in dieser Legislaturperiode der Bau oder Pläne zum Bau neuer Reaktoren nicht unterstützt werden. Weiter stellten die Grünen die Bedingung, dass eine grüne Ministerin ohne Portfolio, unter anderem zuständig für Minderheiten, ihre Tätigkeit aufnehmen kann.

Innerhalb dieser Regierungskoalition sind es aber auch gerade diese Themen, die für Spannungen sorgen. Wiederholt kam es zu Unstimmigkeiten zwischen dem Minister für Industrie und Handel Martin Říman und dem grünen Umweltminister Martin Bursík (siehe auch Kapitel 1.4.4).

Besonders erschwerend für die Arbeit der Regierungskoalition sind die politischen Aktivitäten und Ansichten des 1. Vize-Premiers und Ministers für Regionalentwicklung Jiří Čunek (KDU-ČSL). Gegen ihn laufen nicht nur Ermittlungen wegen Korruption, er ist auch aufgrund seiner wiederholt stark populistischen Äußerungen gegen die Roma-Minderheit für die Koalition eine große Belastung. Noch als ehemaliger Bürgermeister der Gemeinde Vsetín hatte Čunek im Oktober 2006 mit Bussen 36 Roma-Familien in einer umstrittenen Aktion teils in Blechcontainer an den Stadtrand, teils in eine 150 km entfernte Gemeinde umsiedeln lassen. Begründet wurde die Umsiedlung damit, dass die Bewohner seit langer Zeit ihre Miete nicht bezahlt hätten. Die tschechischen Grünen lehnten wie viele andere Politikerinnen und Politiker die Umsiedlung sowie Čunks teilweise rassistischen Äußerungen ab.

Diese Kritik verhinderte den politischen Aufstieg Čunks allerdings nicht. Am 9. Dezember wurde der gerade neu gewählte Senator zum Parteivorsitzenden gewählt, seit dem 9. Januar 2007 ist er Vize-Premierminister und Minister für Regionalentwicklung.

Die Mitglieder des Menschenrechts-Ausschusses im tschechischen Senat kamen am 8. Dezember zu dem Schluss, dass das Vsetíner Rathaus gegen die Menschenrechte verstoßen habe. Die Roma seien nicht über ihre Rechte informiert worden und mussten unter Druck unterschreiben, außerdem fand die Umsiedlung am späten Abend und in der Nacht statt.

Fraglich ist, ob und wann Čunek zurücktreten, bzw. ob es den Grünen gelingen wird, seinen Rücktritt durchzusetzen. Bisher sprechen sich die Grünen ohne Erfolg dafür aus, dass der 1. Vize-Premier seine Ämter niederlegen sollte.

Tschechische Grüne: Fraktionsstatus und Parteitag

Aufgrund des geltenden Wahlgesetzes, das durch die geringe Wahlkreisgröße und das Auszählungsverfahren zur Mandatsverteilung die großen Parteien begünstigt, erhielten die Grünen nur sechs Mandate – bei den Wahlen 1996 erhielt eine Partei mit ähnlicher Stimmzahl

noch 13 Mandate. Nach der im Juni gültigen Geschäftsordnung (GO) des Abgeordnetenhauses hatten die Grünen vorerst keinen Fraktionsstatus inne, was die parlamentarische Arbeit erschwerte. Nach einer Änderung der GO wurde der Fraktionsstatus erreicht. Fraktionsvorsitzende ist Kateřina Jacques, stellvertretende Fraktionsvorsitzende sind Ondřej Liška und Olga Zubová.

Hervorzuheben ist der paritätische Anteil weiblicher und männlicher Abgeordneter der SZ, vor allem weil sich der Gesamtanteil der weiblichen Abgeordneten im Abgeordnetenhaus mit 15,5% am unteren Ende der Skala der EU-Länder befindet.

Am 17. und 18. Februar 2007 fand der landesweite Parteitag der tschechischen Grünen in Prag statt. Schwerpunkte dieses Parteitages waren die Verabschiedung der Positionen zum US-amerikanischen Raketenabwehrsystem (siehe Kapitel 2.2.4) und die Neuwahl des Vorstandes. Daneben wurden neue Mitglieder für den Republikrat (höchstes Parteigremium zwischen den Parteitagen) gewählt und über die politische Schwerpunktsetzung der SZ in den nächsten Jahren diskutiert.

Nach einer kritischen Debatte über die Position zur US-amerikanischen Raketenabwehrbasis und zahlreichen Änderungsanträgen stimmten die Delegierten mehrheitlich dem Antrag der Arbeitsgruppe Außenpolitik zu (156:47:75). Dieser wurde auch von der Fraktion und dem Vorstand unterstützt. Die SZ unterstützt grundsätzlich den Bau einer US-amerikanischen Raketenabwehrbasis, wenn diese ein gemeinsames Projekt der NATO im Rahmen ihrer Sicherheitsstrategie wird. Zudem fordern sie, dass Fragen dieser Art in Zukunft im Rahmen der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU behandelt werden sollen.

Martin Bursík wurde mit deutlicher Mehrheit als Vorsitzender bestätigt, er erhielt 212 von 275 abgegebenen Stimmen. Bei der Wahl zur ersten stellvertretenden Vorsitzenden traten 3 Kandidatinnen an. Dana Kuchtová, Schulministerin und bisherige 1. stellvertretende Vorsitzende, wurde mit 176 Stimmen wiedergewählt. Als stellvertretender Vorsitzender für außenpolitische Angelegenheiten setzte sich Ondřej Liška mit 146 Stimmen gegen den bisherigen stellvertretenden Vorsitzenden Petr Štěpánek (124 Stimmen) durch. Als stellvertretender Vorsitzender für Finanzen wurde Martin Tichý bestätigt. Weitere Vorstandsmitglieder sind Martin Ander (ehemaliger Vorsitzender von Hnutí Duha / Friends of the Earth Czech Republic), Zuzana Drhová (ehemalige Vorsitzende der NGO-Assoziation Zelený kruh / Grüner Kreis) und Dušan Lužný.

Václav Havel bewertete die Regierungsbeteiligung der Grünen in einem Interview wie folgt: „Meine Meinung hat sich entwickelt: Ich dachte, dass die Grünen zuerst vier Jahre in der parlamentarischen Opposition ausprobieren und dann erst in die Regierung gehen sollten, heute bin ich der Ansicht, dass sie sich richtig entschieden haben: Sie sind in der gegenwärtigen Koalition und bringen hier und da grüne Elemente in die Regierung ein.“⁵⁰

Kommunal- und Senatswahlen

Am 20. und 21. Oktober 2006 fanden in der Tschechischen Republik Kommunal- und Teilwahlen zum Senat statt (alle zwei Jahre wird ein Drittel des Senates neu gewählt). Die Stichwahlen zum Senat folgten eine Woche später. Die ODS ging aus beiden Wahlen als klare Siegerin hervor.

Bei den Kommunalwahlen vereinte die ODS 36,2% der Stimmen auf sich, die ČSSD 16,6%, die KSČM 10,8%, die Vereinigung unabhängiger Kandidaten 8,7%, die KDU-ČSL 5,8% und die SZ 5,0%.⁵¹ Bei den Kommunalwahlen erzielte die SZ sichtbare Erfolge: Die Grünen erhielten 408 Mandate eigenständiger Kandidatinnen und Kandidaten, außerdem teilen sie weitere 123 Mandate, die über Listenkoalitionen erzielt wurden (im Vergleich die Ergebnisse der Kommunalwahlen 2002: Hier erhielt die SZ 1% der Stimmen und 100 Mandate eigenständiger Listenkandidaturen).

Die Wahlbeteiligung bei den Senatswahlen war niedrig, in der ersten Runde lag sie nur bei 42,1%, in der zweiten Runde bei 20,7%. Im Senat verfügt die ODS nun mit 41 von 81 Senatorinnen und Senatoren über die absolute Mehrheit. In Prag 12 schaffte es mit Pavel Kleiner ein grüner Senatskandidat in die Stichwahl, er unterlag dort aber seinem Kontrahenten der ODS.

Unter anderem mit dem Wahlerfolg der ODS begründete Präsident Klaus, dass er erneut Topolánek mit der Regierungsbildung beauftragte.

Pläne eines US-amerikanischen Raketenabwehrsystems in Mitteleuropa

Eine Intensivierung der Diskussion um die Errichtung einer US-amerikanischen Raketenabwehrbasis in Mitteleuropa ist in der Tschechischen Republik seit Anfang dieses Jahres zu beobachten. Das offizielle Gesuch der USA wurde kurz nach der überstandenen Vertrauensabstimmung im Januar 2007 an die Regierung gestellt. Auch wenn Sondierungen bereits zu Zeiten der Sozialdemokratischen Regierung unter Jiří Paroubek geführt wurden, blieb das Thema vermutlich auch wegen des anhaltenden Wahlkampfes hinter den Kulissen. Die Haltung der tschechischen Öffentlichkeit ist seit Jahren gegenüber der Errichtung von Militärstützpunkten negativ.

Am 29. Januar 2007 fand in Prag eine erste Demonstration der Bürgerinitiative „Ne základnám“ (Nein zu Militärstützpunkten) statt, an der ca. 1.000 Personen teilnahmen. Bereits am 31. Januar 2007 gab Premier Mirek Topolánek bekannt, dass die tschechische Regierung positiv auf das amerikanische Gesuch reagieren werde. Regierungschef, Außenminister und Verteidigungsministerin behaupteten einstimmig, mit der Radarbasis erhöhe sich die Sicherheit Tschechiens deutlich.

⁵⁰ Respekt 24, 11.–17. Juni 2007

⁵¹ vgl. Volby do zastupitelstev obcí unter www.volby.cz

Die Standpunkte der Parteien

Mit der ODS spricht sich die stärkste Regierungspartei für die Errichtung der Radarbasis ohne Referendum aus.

Bei den tschechischen Sozialdemokraten sind zunehmend kritische Stimmen zu vernehmen. Aus den Pressemitteilungen der letzten Monate geht hervor, dass die Partei für ein Referendum ist und sich an der Meinung ihrer Wählerschaft orientieren wird, die sich nach Umfragen gegen die Errichtung einer Radarstation ausspricht. Ohne eine Einbindung in die NATO wird sich die ČSSD gegen die Errichtung der Station aussprechen.

Eindeutig ist der Standpunkt der Kommunisten (KSČM), die ein Raketenabwehrsystem in Mitteleuropa strikt ablehnen.

Die Christdemokraten KDU-ČSL sprechen sich mit Verteidigungsministerin Vlasta Parkanová für das Raketenabwehrsystem aus. Die Partei hält sich aber in der öffentlichen Diskussion auffällig zurück, was wahrscheinlich durch die Korruptionsaffäre um ihren Vorsitzenden Jiří Čunek bedingt ist.

Die Grünen (SZ) verabschiedeten auf ihrem Parteitag am 17. und 18. Februar 2007 nach langer Diskussion eine Stellungnahme zum Thema. Sie möchten die Frage auf multilateraler Ebene behandeln und sich um einen gemeinsamen Standpunkt der EU bemühen. Das Raketenabwehrsystem sollte in die NATO eingegliedert werden. Außerdem setzen sie sich für ein Gesetz ein, das landesweite Volksentscheide und somit ein Referendum über die Errichtung der Anlage ermöglicht. Das Thema löst innerhalb der Partei allerdings auch weiterhin Spannungen aus. Einige Parteimitglieder beteiligten sich an den Demonstrationen gegen die Radarbasis und kritisierten, dass es der grünen Fraktion nicht gelinge, die beim Parteitag verabschiedeten Bedingungen für die Verhandlungen mit den USA durchzusetzen.

Die aktuelle Diskussion

Der Beauftragte der tschechischen Regierung für Europäische Angelegenheiten Alexandr Vondra (ODS) erwähnte im Februar 2007, dass ein „Nein“ einem Versagen der Tschechen als Verbündeter der USA gleichkäme. Für Aufregung sorgte Vondra, als er bekannt gab, dass man die tschechische Wehrpflicht wieder einführen müsse, wenn die Radarstation nicht gebaut werden würde. Vondra einigte sich mit dem deutschen Außenminister Steinmeier Anfang März 2007 darauf, dass über das US-Raketenabwehrsystem im Rahmen der NATO diskutiert werden solle. Er sprach sich aber gegen Verhandlungen mit Russland aus.

Außenminister Karel Schwarzenberg äußerte im Februar 2007, dass Russland mit seinen Drohungen beginne, die Position der ehemaligen Sowjetunion in Europa zu beanspruchen. Der Außenminister sieht in der Radarbasis persönlich einen großen Vorteil für Tschechien und sprach sich gegen einen Volksentscheid in dieser Frage aus. Auf seinen Vorschlag wurde Tomáš Klvaňa zum Regierungskordinator für Öffentlichkeitsarbeit zur Raketenabwehr ernannt.

Ondřej Liška (SZ) plädiert dafür, mit einer Entscheidung bis nach den amerikanischen Präsidentschaftswahlen 2008 zu warten. Liška vertritt die Meinung, die tschechisch-amerikanischen Beziehungen

seien so gut, dass daran auch eine mögliche Ablehnung der Radarbasis nichts ändern könne.

Verteidigungsministerin Vlasta Parkanová (KDU-ČSL) meinte im März 2007, dass man „Geduld und Zeit“ brauche, bis sich die Regierungsparteien einig würden. Sie erwähnte, dass die USA schon so oft die Kastanien für Europa aus dem Feuer geholt hätten, dass es nun an Tschechien sei, sich zu revanchieren.

Auf die Frage, ob die Tschechen vor Russland Angst haben sollten, antwortete der ehemalige Staatspräsident Václav Havel in einem Interview: „Was eine Analyse verdienen würde, ist die russische Angst. (...) Angst vor fremder Angst führt selten zu etwas Gutem.“⁵²

Er betonte, dass es in der Diskussion um das Raketenabwehrsystem vor allen Dingen um das Selbstverständnis der Tschechischen Republik gehe und darum, ob sich Tschechien aktiv an einer „kollektiven Verteidigung“ beteiligen wolle oder sich darauf verlassen werde, dass andere Akteure die große Gefahr der heutigen Welt abwenden.

Der ehemalige tschechische Außenminister Jiří Dienstbier spricht sich gegen die Errichtung einer Radarstation aus. Seiner Meinung nach sollte man in einer ohnehin instabilen Welt nicht wieder dem Wettrüsten verfallen.

Nach Umfragen der Meinungsforschungsinstitute CVVM (2. März 2007) und STEM (5. März 2007) sind zwischen 61% (CVVM) und 70% (STEM) der Tschechinnen und Tschechen gegen das Raketenabwehrsystem, eine deutliche Mehrheit (CVVM: 73%, STEM: 57%) spricht sich für ein landesweites Referendum aus.

Auf die Veröffentlichung der Umfrageergebnisse wurde in Tschechien unterschiedlich reagiert. Verteidigungsministerin Vlasta Parkanová sagte, dass sie die Ergebnisse akzeptiere, ihre Haltung aber nicht ändern werde. Der stellvertretende Vorsitzende des Abgeordnetenhauses Zorálek (ČSSD) sieht die öffentliche Meinung als Argument, das amerikanische Angebot in der jetzigen Form abzulehnen.

4. Slowakische Republik

Ein Jahr nach den Wahlen: Slowakische Regierung will ein neues Pressegesetz

Der Regierungschef und Parteivorsitzende der Smer-SD („Richtung Sozialdemokratie“) Robert Fico wurde direkt nach der Regierungsbildung innerhalb der EU stark für seine Koalitionsregierung kritisiert, in der sowohl die rechtsextreme Nationalpartei SNS (Parteivorsitzender Ján Slotka) als auch die LS-HZDS (Volkspartei - Bewegung für eine demokratische Slowakei), unter Parteivorsitz des ehemaligen Premiers Vladimír Mečiar, vertreten sind. Die Mitgliedschaft der Smer-SD in der Fraktion der PES im Europäischen Parlament⁵³ wurde im Oktober 2006 auf Eis gelegt, Verhandlungen über die

⁵² Respekt 24, 11. – 17. Juni 2007

⁵³ Party of European Socialists

Wiederaufnahme der Mitgliedschaft wurden im Mai 2007 auf Oktober 2007 vertagt.

Es ist nicht verwunderlich, dass Robert Fico versucht, sich auf EU-Ebene als „guter Sozialdemokrat und Europäer“ zu präsentieren. Während seiner Rede am 24. Mai 2007 im Rahmen der „Konferenz der Sprecher und Präsidenten der Parlamente in der Europäischen Union“ in Bratislava betonte Fico, dass die slowakische Regierung die Prioritäten der Lissabon-Strategie in ihrer politischen Position reflektiere. Das zukünftige Wachstum, so Fico, hänge von Investitionen in Bildung, einer wissensorientierten Wirtschaft und Innovationen sowie sozialer Kohäsion ab. Seine Vision einer erfolgreichen EU basiere außerdem auf sozialer Solidarität.⁵⁴ Er betonte auch, dass er Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihren Bemühungen, eine Einigung zur Zukunft des Verfassungsvertrages zu erreichen, voll unterstütze (siehe Kapitel 1.1.4).

Fico profitiert derzeit von den Auswirkungen der von der Dzurinda-Regierung durchgesetzten Reformen, die er in seinem Wahlkampf hart kritisierte. Das Wirtschaftswachstum zeigt positive Zahlen, die Löhne steigen, die Arbeitslosigkeit sinkt: Ficos Vorteil ist hierbei, dass die Bevölkerung die sichtbaren Erfolge der neuen Regierung zuschreibt. Ficos Ankündigung, die Reformen einzustellen, wurde bislang nicht umgesetzt. Die Begründung dafür war, dass die Smer-SD nicht die einzige Partei in der Regierungskoalition sei.

Fico greift allerdings zu innenpolitischen Maßnahmen, die für einen sozialdemokratisch denkenden Politiker untypisch sind: Er beschwerte sich wiederholt, dass die Medien zu regierungskritisch seien und kündigte die Schaffung eines neuen Pressegesetzes an, wonach die Regierung die Möglichkeit haben soll, alle vermeintlich nicht objektiven Artikel oder Sendungen mit „Gegendarstellungen“ zu beantworten. Medienexperten fürchten massive Eingriffe in die Pressefreiheit. Der Journalist Marian Lesko kommentierte die Pläne der Regierung wie folgt: „Der Premier hat keine Berechtigung, seine persönliche Meinung zum Gesetz zu machen. Seine Behauptung, die Bürger hätten keine objektiven Informationen, ist subjektiv und von Partei- und Machtinteressen deformiert. Seine Auffassung, dass die Hälfte der Informationen, die die Journalisten über die Regierung verbreiten, fehlerhaft ist, lässt ahnen, welches Ausmaß die „Gegendarstellungen“ annehmen könnten. Das Prinzip der redaktionellen Unabhängigkeit wäre dann nur noch ein leeres Wort.“⁵⁵

Außenpolitische Prioritäten des Premiers

Innerhalb der Außenpolitik der Slowakei lässt sich nicht nur ein Paradigmenwechsel erkennen, sie ist auch nicht kohärent, da Premierminister Fico und der parteilose Außenminister Ján Kubiš (von 1999 bis 2005 Generalsekretär der OSZE) in den letzten Monaten zu aktuellen Themen teilweise gegensätzliche Standpunkte vertraten. Es ist vor allen Dingen Robert Fico, der durch seine Auftritte derzeit die außenpolitischen Prioritäten der Slowakei prägt, auch wenn er im

Ausland oft betont, dass seine Meinung seine eigene und nicht zwingend die Meinung der Regierung sei.

Der renommierte slowakische Journalist Martin Šimečka⁵⁶ mahnt, dass die Signale, die durch die außenpolitischen Prioritäten Ficos zu erkennen sind, ernst genommen werden sollten. Fico, so Šimečka, habe ausreichend Macht, die außenpolitische Orientierung der Slowakei zu verändern und sei leider unerfahren genug, um nicht nur in Mitteleuropa vieles verderben zu können.⁵⁷ Vor allen Dingen die Haltung gegenüber Russland war nach Šimečka ein Aspekt, der die mitteleuropäischen Staaten nach 1989 vereinte. Diese Tatsache scheine sich unter Fico zu ändern. Die Zurückhaltung gegenüber Russland nicht nur als rationale geopolitische Strategie sondern auch als Verteidigung demokratischer Werte gebe Fico auf. In Bezug auf das US-amerikanische Abwehrsystem in Mitteleuropa kam der slowakische Premier Präsident Putin entgegen und betonte, dass die Slowakei nicht wie Polen und Tschechien erlauben würde, Radaranlagen eines fremden Staates zu stationieren und dass er die Bedenken Russlands verstehe. Bei seinem Berlin-Besuch im April 2007 betonte Fico, dass er sich in Bezug auf dieses Thema einen intensiveren Dialog mit der Russischen Föderation wünsche.⁵⁸

Fico besuchte in den letzten Monaten unter anderem Libyen und Russland; während dieser Reisen war eines der Hauptthemen die Entwicklung, Herstellung und der Verkauf von Waffen. Auch seine Teilnahme an den Feierlichkeiten der kubanischen Botschaft anlässlich der „Kubanischen Revolution“ löste bei slowakischen Menschenrechtsorganisationen und Intellektuellen scharfe Kritik aus.

Bei seinem Besuch in Moskau Anfang Mai 2007 formulierten die Regierungschefs das Interesse beider Staaten, ein „Abkommen über die Lizenzierung militärtechnischer Erzeugnisse“ abzuschließen. Fico möchte außerdem erreichen, dass Russland in Zukunft in den Bau kerntechnischer Anlagen in der Slowakei investiert. Auch die Anteile der russischen Firma Yukos an der slowakischen Firma Transpetrol in Höhe von 49% waren Thema der Gespräche. Transpetrol betreibt den slowakischen Teil der Ölpipeline Drushba, der von Russland in die Tschechische Republik verläuft. Gazprom signalisierte Interesse, diese Anteile zu kaufen. Es ist derzeit noch unklar, ob die Slowakei einen Verkauf an Dritte ermöglichen wird oder die Aktien zurückerlangen möchte.

In Bezug auf die Unabhängigkeit des Kosovo unterstützte Fico öffentlich Putin. Die Slowakei hat als nichtständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat derzeit eine Stimme inne und fürchtet, dass eine Unabhängigkeit des Kosovo ein Präzedenzfall für Ansprüche der in der Slowakei lebenden ungarischen Minderheit werden könnte. Fico betonte, dass die Argumente und Interessen der serbischen Seite im

⁵⁶ ehemaliger Chefredakteur der slowakischen Tageszeitung SME, seit Dezember 2006 Chefredakteur der tschechischen Wochenzeitschrift Respekt

⁵⁷ Respekt 20, 14. – 20. Mai 2007

⁵⁸ vgl. Mitschrift der Pressebegegnung von Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem Ministerpräsidenten der slowakischen Republik Robert Fico, 26. April 2007 unter www.bundesregierung.de

⁵⁴ vgl. „Prepis prejavy predsedu vlády SR Roberta Fica na otvorení konferencie predsedov parlamentov EÚ 2007“, 25. Mai 2007, unter www.government.gov.sk

⁵⁵ SME, 27. April 2007

Prozess der Etablierung des zukünftigen Status des Kosovo stärker beachtet werden sollten.⁵⁹

Šimečka fasst seine Bedenken in Bezug auf die außenpolitische Ausrichtung der Slowakei wie folgt zusammen: „Diese Servilität gegenüber Diktatoren ist keine kindische Provokation der EU-Mitgliedsstaaten, die gegenüber der links-nationalistischen Regierung Ficos eine reservierte Haltung einnehmen, (...). Das ist schon eher eine Unverschämtheit im Sinne einer bewussten politischen Strategie. (...) An den Beziehungen zu Putins Russland, das wieder beginnt mit der Sprache des kalten Krieges zu sprechen, bewährt sich gegenwärtig die Stärke oder versagt die Schwäche der Europäischen Union, in der auch kleine Staaten eine starke Stimme inne haben.“⁶⁰

Ungarische Minderheit

Die slowakisch-ungarischen Beziehungen sind seit den Wahlen zum Nationalrat gespannt. Die ungarische Minderheit ist die größte Minderheit des multiethnischen Staates, in dem der Anteil der dort lebenden Minderheiten auf 18 bis 20% der Gesamtbevölkerung geschätzt wird. Die politische Vertretung der ungarischen Minderheit, die SMK (Partei der ungarischen Koalition), war von 1998 bis 2006 ein Mitglied der Regierung des ehemaligen Premierministers Mikuláš Dzurinda. Die Hoffnungen auf einen anhaltenden inneren Frieden scheinen gegenwärtig allerdings vor allen Dingen deshalb gestört, da sich die SMK im Moment auf keinen slowakischen politischen Partner stützen kann. Der Journalist Martin Šimečka beobachtete dies schon im Oktober 2006 und warnte, dass in der Slowakei darum gewetteifert wird, wer der beste slowakische Patriot sei. Da in der Slowakei im Kampf zwischen dem Patrioten und dem Nationalisten immer der letztere gewinne, sei es, so Šimečka, nur eine Frage der Zeit, bis alle Nationalisten seien. Diese neue Welle des Nationalismus habe nichts mit der irrationalen postkommunistischen Sehnsucht nach Identität zu tun, sondern sei Resultat eines zynischen Populismus – auch der oppositionellen slowakischen Politiker.⁶¹

Ján Slota (SNS) betonte, er beneide die Tschechen darum, dass sie die Sudetendeutschen vertrieben und deshalb nicht die gleichen Probleme wie die Slowaken mit der ungarischen Minderheit hätten.⁶² Béla Bugár, den langjährigen Vorsitzenden der SMK, würde Slota nach eigenen Aussagen am liebsten ohne Rückfahrkarte zum Mars schicken.⁶³ Fico erklärte, dass die PES die Mitgliedschaft der Smer-SD nicht gestoppt hätte, weil er mit der SNS koalitiere, sondern weil er nicht die SMK in die Regierung eingeladen hätte.⁶⁴

Dieser Populismus slowakischer Politiker, dem sich die früheren Regierungspartner der SMK nicht entgegenstellen, ist sehr wahrscheinlich auch für die neue Besetzung des Parteivorstandes der SMK verantwortlich und lässt nicht auf Entspannung hoffen: Ende März wurde Bugár von seinem Gegenkandidaten Pál Csáky abgelöst. Mit Csákys Wahlsieg gewann der nationalistische Flügel der Partei, was nach Aussagen von Politologen ein Resultat der Tatsache ist, dass sich die ungarische Minderheit derzeit an den Rand der Gesellschaft gedrängt fühlt.

Kommunalwahlen 2006

Anfang Dezember 2006 fanden in der Slowakei Kommunalwahlen statt, deren Ergebnisse von den Parteien unterschiedlich interpretiert wurden.

Der Anzahl der verteilten Mandate nach zu urteilen, war die erfolgreichste Partei die regierende Smer-SD mit 19%. Die christdemokratische Bewegung KDH erzielte 12,24%, die LS-HZDS 11,71% und die SMK 9,17% der Mandate. Deutlich schwächer als noch bei den Wahlen zum Nationalrat schnitt die größte Oppositionspartei SDKÚ-DS ab; sie erreichte nur 6,79% der zu verteilenden Mandate.⁶⁵ Allerdings stellen die oppositionellen Mitte-Rechts-Parteien, die SDKÚ-DS und die KDH, fünf Bürgermeister der insgesamt acht Regionalhauptstädte, in den größten Städten des Landes wurde die links-nationalistische Regierungskoalition mit Niederlagen konfrontiert. Die an der Regierung beteiligte rechtsextreme SNS schnitt deutlich schwächer als bei den Nationalwahlen ab und erreichte nur knapp 5% der Mandate. Zu erwähnen ist, dass der Vorsitzende der SNS Ján Slota in seiner Heimatstadt Žilina nicht in seinem Oberbürgermeisteramt bestätigt wurde, das er seit 1990 ohne Unterbrechung innehatte. Große Erfolge erzielten die unabhängigen Kandidaten, die insgesamt 17% der Mandate erreichten und 30% der gewählten Bürgermeisterinnen und Bürgermeister stellen.

Bei genauerer Analyse der Wahlen fällt auf, dass die Parteien in zahllosen Wahlbündnissen in einzelnen Gemeinden antraten. Die Zusammensetzung dieser Wahlbündnisse macht deutlich, dass, auch wenn anhand der Programme eine ideologisch-programmatische Differenzierung der Parteien erkennbar ist, diese jedoch bei der strategischen Entscheidung über mögliche Koalitionen zur Erreichung eines höheren politischen Einflusses keine Rolle spielt. Es finden sich Koalitionen über alle Parteigrenzen hinweg. Insgesamt scheint der Einfluss der ideologisch-programmatischen Dimension auf die Strukturierung des slowakischen Parteiensystems sehr schwach zu sein.

⁵⁹ vgl. Mitschrift der Pressebegegnung von Bundeskanzlerin Angela Merkel und dem Ministerpräsidenten der slowakischen Republik Robert Fico, 26. April 2007 unter www.bundesregierung.de

⁶⁰ Respekt 20, 14. – 20. Mai 2007

⁶¹ vgl. Respekt 43, 22. Oktober 2006

⁶² Sme, 26. Juli 2006

⁶³ Respekt 43, 22. Oktober 2006 unter www.respekt.cz

⁶⁴ ebda

⁶⁵ vgl. Vol'by v SR unter <http://www.statistics.sk/struk/volby.htm>

5. Ukraine

Nach den Parlamentswahlen

Konflikt zwischen konkurrierenden Machtzentren

Auch wenn die freien und demokratischen Parlamentswahlen vom März 2006 das Voranschreiten der demokratischen Transformation in der Ukraine zu bestätigen scheinen, so hat die daraus resultierende Verteilung der Stimmen zu einer Patt-Situation geführt. Infolge falschen Taktierens und persönlicher Eitelkeiten war es den ehemals „orangenen“ Kräften nicht gelungen, nach den Parlamentswahlen im März 2006 eine Regierungskoalition zu bilden.⁶⁶ Nach langen Koalitionsverhandlungen übernahm schließlich Anfang August 2006 die aus der Partei der Regionen (PdR), den Kommunisten (KPU)⁶⁷ und Sozialisten (SPU)⁶⁸ bestehende „Anti-Krisen-Koalition“ mit dem Vorsitzenden der PdR Viktor Janukowitsch an der Spitze die Regierungsverantwortung. Somit hatten die einstigen erbitterten Gegner der Präsidentschaftswahlen von 2004 als Präsident (Juschtschenko) und Ministerpräsident (Janukowitsch) die wichtigsten politischen Ämter in der Ukraine inne und waren gezwungen, die Politik der Ukraine gemeinsam zu bestimmen. In der präsidential geprägten ukrainischen Demokratie fällt die Innenpolitik in die Zuständigkeit des Premiers, während der Präsident für die Außenpolitik zuständig ist und die Ämter des Außen- und Verteidigungsministers sowie den nationalen Sicherheitsrat besetzt. Als Grundlage für das Regieren wurde im August 2006 der „Universal der Einheit“⁶⁹ unterschrieben, in dem die Kernpunkte der ukrainischen Innen- und Außenpolitik für die kommenden vier Jahre festgelegt wurden.

Die außenpolitische Orientierung, die während der orangenen Revolution die beiden Politiker am meisten trennte, wurde auch nach den Parlamentswahlen zum Mittelpunkt des Konflikts und der Bereich der Außenpolitik zum Austragungsort der innerpolitischen Krise.⁷⁰

Die um den „pro-russischen“ Janukowitsch und den „pro-westlichen“ Juschtschenko gruppierten Parteien und Oligarchengruppen bildeten zwei Machtzentren, die sich in den darauf folgenden Monaten zunehmend in Kräfte zehrende Verteilungskämpfe verwickelten.

2.4.2 Außenpolitische Differenzen als Grundlage der innenpolitischen Konflikte

Offiziell sind die in Bezug auf die Gestaltung der Beziehungen mit der Europäischen Union bestehenden Differenzen zwischen Präsident Juschtschenko und dem Premier Janukowitsch gering und werden lediglich durch die Akzentverschiebung in der Gewichtung der außenpolitischen Entwicklungsrichtung ausgedrückt. Während der

Präsident sich stark für die Perspektive einer EU-Mitgliedschaft der Ukraine einsetzt, ist der Ministerpräsident nicht gegen die Annäherung der Ukraine an die EU,⁷¹ strebt aber zudem „konstruktive Beziehungen zu Russland“ sowie den „Ausbau der Kooperation mit Russland“⁷² an. In der Praxis allerdings kehrte Janukowitsch, der ehemalige Regierungschef des Präsidenten Kutschma, in die Politik mit einer Agenda zurück, in der die Beziehungen zu Russland als prioritär und die Beziehungen zu der EU als pragmatisch gelten. Zudem bestehen starke Divergenzen in Bezug auf den NATO-Beitritt der Ukraine: Im Gegensatz zur Position des Präsidenten ist Premier Janukowitsch dezidiert dagegen und setzte einen vorläufigen Schlusspunkt unter die Debatte über den NATO-Beitritt der Ukraine, indem er dem NATO-Gipfel in Riga im November 2006 symbolisch fernblieb.

Entscheidend war, dass bei den bestehenden Differenzen Ministerpräsident Janukowitsch und die Regierungskoalition im Bereich der Außenpolitik weniger die Rolle der „Ausführenden“ spielen wollten, sondern vielmehr Gesetzeslücken nutzten, um die Außenpolitik der Ukraine selbst zu bestimmen.

Der Konflikt zwischen dem „pro-westlichen“ Lager des Präsidenten und dem „pro-russischen“ Lager des Ministerpräsidenten spitzte sich im November 2006 zu, nachdem Premier Janukowitsch Außenminister Tarasyuk aus der Regierungsverantwortung entließ, vor allem weil er mit „seiner kriegerischen Rhetorik gegenüber Russland, seinen unentwegten Behauptungen über einen schnellen NATO-Beitritt im Namen des ukrainischen Volkes“ das Verhältnis mit Russland schwer belastet habe.⁷³ Während eines wochenlangen Streits wurde Außenminister Tarasyuk von den Sitzungen des Kabinetts ausgeschlossen und die Finanzierung des Außenministeriums ausgesetzt. Ende Januar 2007 trat Boris Tarasyuk selbst zurück. Bei der Neubesetzung des Amtes scheiterte der von Präsident Juschtschenko vorgeschlagene Kandidat Wolodimir Ohrisko zweimal, bis sich die Konfliktparteien auf den Andriy Jazeniuk als neuen Außenminister einigten.

„Krieg der Gesetze“

Den Machtkampf der zwei Exekutivzentren begünstigte die unklare Kompetenzverteilung zwischen dem Parlament und dem Präsidenten, die infolge der Ende 2004 hastig beschlossenen Verfassungsänderungen entstand. Der Ministerpräsident nutzte die Verfassungslücken, um das präsidential geprägte politische System des Landes umzubauen und den Präsidenten in seinen rechtlichen Befugnissen zunehmend einzuschränken.

Als Reaktion darauf haben die oppositionellen orangenen Kräfte, Juschtschenkos Block Unsere Ukraine und der Block von Julia Tymoschenko, im Januar 2007 eine Art von „Verteidigungspakt“ geschlossen. Die Grundlage der Zusammenarbeit ist jedoch sehr dünn. Als gemeinsame Ziele wurden die Auflösung des Parlaments und die

⁶⁶ Siehe Politischer Jahresbericht 2005/2006 Polen, Tschechen, Slowakei, Ukraine, Belarus des Regionalbüros Zentraleuropa Warschau vom August 2006, S. 32-34).

⁶⁷ KPU – Kommunistische Partei der Ukraine

⁶⁸ SPU – Sozialistische Partei der Regionen

⁶⁹ Eine Art Koalitionsvereinbarung, in der die grundlegende Ausrichtung der Innen- und Außenpolitik des Landes festgehalten worden ist.

⁷⁰ vgl. SWP-Aktuell 28, April 2007

⁷¹ Rede vor dem EU-Parlament

⁷² vgl. Ukraine Analysen, NR.15 vom 14. November 2006

⁷³ „Premier Janukowitsch fordert Rücktritt des Außenministers der Ukraine“, RIA Novosti vom 14. November 2006

Einberufung der Neuwahlen benannt, um die vollständige Machtübernahme durch die Regierungskoalition zu verhindern.

Trotz des Vetos des Präsidenten stimmte im Januar 2007 das Parlament für die Einführung des „Gesetzes über das Kabinett“, das die Befugnisse des Präsidenten einschränkt. Im März 2007 wechselten siebzehn oppositionelle Abgeordnete in die Regierungskoalition, die damit auf 260 Abgeordnete anwuchs. Die parlamentarische Balance verschob sich gefährlich zugunsten des Ministerpräsidenten Janukowitsch, der ankündigte, bis Anfang Mai eine parlamentarische Mehrheit (300 von 460) zu erreichen, die weitere Verfassungsänderungen, die das Amt des Präsidenten schwächen würden, vornehmen kann.

Dabei war der Übertritt der Abgeordneten verfassungswidrig: Das imperative Mandat, das ebenfalls im Zuge der Verfassungsänderung beschlossen wurde, sollte als Mittel gegen politische Korruption gerade solche Situationen verhindern. Dies nahm Präsident Juschtschenko als Anlass zur Auflösung des Parlaments.

Auflösung des Parlaments und Neuwahlen

Am 2. April unterzeichnete Präsident Viktor Juschtschenko einen „Erlass über die vorzeitige Einstellung der Vollmachten des Parlaments der 5. Legislaturperiode und die Durchführung von Neuwahlen am 27.05.2007“. Mit diesem Schritt versuchte Juschtschenko einen Befreiungsschlag in einer Situation, in der ihm ein kompletter Machtverlust drohte.⁷⁴ Trotz der Auflösung tagte die Werchowna Rada unter Abwesenheit der Oppositionsfraktion ununterbrochen weiter, und im Gegenzug wurde Juschtschenkos Entscheidung über die Auflösung des Parlamentes als verfassungswidrig angeklagt.

Auf dem Maidan organisierten die regierenden Parteien als ein Symbol der Gegenrevolution „blau-gelbe“ Massenproteste. Im Unterschied zu den „orangenen“ Demonstranten, die das Zeltlager im November 2004 aufbauten, wurden die „gelb-blauen“ Demonstrierenden nach Angabe von Beobachtern für den Protest bezahlt und aus den ostukrainischen Städten nach Kiew gefahren.

Am 26. April sprach der Präsident einen weiteren Erlass aus. Er annullierte damit das Dokument vom 2. April, löste das Parlament erneut auf und setzte den Termin für die Neuwahlen auf den 24. Juni fest. Somit reagierte er zum einen auf die Kritik des Europarats, dass der Termin im Mai die zeitgerechte Vorbereitung der Wahlen und somit die gleichen Chancen der einzelnen Parteien für die Durchführung einer Wahlkampagne nicht garantieren könne. Zum anderen entzog er mit der Annullierung dem Verfassungsgericht den Verhandlungsgegenstand. Auch gegen diesen Erlass reichten die Parlamentarier der Regierungskoalition Verfassungsklage ein.

Ende Mai einigten sich die Spitzenpolitiker auf einen Kompromiss zur Lösung der parlamentarischen Krise. Die von Präsident Juschtschenko per Erlass verfügten Neuwahlen sollen am 30. September durchgeführt werden. Die Einigung hat kurzfristig eine Eskalation

der Krise verhindert, dennoch die zugrunde liegenden Probleme nicht gelöst.

⁷⁴ vgl. Durkot, Juri: Zwischen Kriegsrhetorik und Kompromissuche. Analyse für die Heinrich-Böll-Stiftung, April 2007

Ausblick

Im Rahmen der EU-Regierungskonferenz, die am 23. Juli 2007 ihre Arbeit aufnehmen soll, wird der konkrete Text des **Vertrages** festgeschrieben werden. Bis zum Jahresende – frühestens auf dem geplanten Gipfel in Lissabon am 18. und 19. Oktober 2007 – sollen die Staats- und Regierungschefs die Änderungen endgültig beschließen. Für die Ratifizierung des Reformvertrags wird die parlamentarische Mehrheitsentscheidung ausreichen, in Polen wird jetzt schon inoffiziell auf das Referendum verzichtet. Die Verhandlungsstrategie der polnischen Regierung, die zur Verschlechterung der deutsch-polnischen Beziehungen führte, fordert von allen im deutsch-polnischen Versöhnungsprozess engagierten Personen und Institutionen einen neuen, verstärkten Einsatz zur Wiedergutmachung der Schäden der letzten Monate. Eine sorgfältige Beobachtung verlangt der Beschluss der polnischen Regierung, sich der Grundrechte-Charta in moralischen Angelegenheiten eventuell zu entziehen, was zum Beispiel für die weitere Diskriminierung von Homosexuellen genutzt werden könnte.

Die hohen Erwartungen an die deutsche Präsidentschaft bei der Regelung der **Beziehungen mit der östlichen Nachbarschaft** der EU wurden nur zum Teil erfüllt. Vor allem ist es nicht gelungen, das neue Partnerschaftsabkommen mit Russland, dem größten und wichtigsten Nachbarn der EU, zu konkretisieren. Das ausbleibende Ergebnis zeugt zugleich von der Schwäche und der Stärke der erweiterten EU: Einerseits konnten die nationalen Interessen eines der EU-Staaten (Polen) die Verhandlungen wirksam blockieren, andererseits hat sich die EU in dem Fall als fähig erwiesen, trotz interner Verstimmungen eine konsolidierte Position gegenüber Russland zu beziehen. Derzeit steht die Union vor der Herausforderung, einen Ausweg aus der Krise in den europäisch-russischen Beziehungen zu finden.

Obwohl die Ukraine gegenwärtig keine klare EU-Beitrittsperspektive hat, wurden in dem „vertieften Abkommen“, das im September 2007 konkretisiert werden soll, vertragliche Grundlagen für die weitere Annäherung der Ukraine an die EU-Strukturen gelegt. Angesichts der innerukrainischen Krise ist es wichtig, wann die Ukraine fähig sein wird, den andauernden Machtkampf zwischen dem Präsidenten und dem Ministerpräsidenten beizulegen. Für die Reformagenda der Ukraine ist es von zentraler Bedeutung, dass das Land zu größerer politischer Stabilität findet.⁷⁵ Es wird voraussichtlich notwendig sein, die Ukraine auf dem Weg aus der inneren Krise zu begleiten und bei der Durchführung demokratischer Reformen zu unterstützen.

Voraussichtlich finden im Oktober 2008 in Belarus Parlamentswahlen statt. Ähnlich wie davor die Präsidentschaftswahlen könnten sie zur Stärkung der oppositionellen Kräfte beitragen. Derzeit ist die demokratische Opposition jedoch zersplittert und verbaut sich somit die Chance auf einen weiteren Schritt in Richtung Demokratie. Die EU-Institutionen und internationalen Organisationen stehen vor der Aufgabe, die voraussichtlichen Verletzungen der Demokratie-

dards anzunehmen und die demokratische Opposition möglichst zu stützen.

Aufgrund des Drucks der EU-Kommission werden die mitteleuropäischen EU-Mitgliedstaaten ihren Verpflichtungen hinsichtlich der konsequenten und ganzheitlichen Implementierung der Antidiskriminierungsrichtlinie nachkommen müssen. Im Hinblick auf die wachsende öffentliche Zustimmung in Bezug auf die **Gleichstellung von Frauen und Männern** auf dem Arbeitsmarkt werden auf der politischen Ebene weitere Schritte geplant und unternommen, die Frauen die Verbindung des Familien- und Berufslebens ermöglichen. Fraglich bleibt die Qualität der Maßnahmen. Daher ist es wichtig, die Fortschritte bei der Umsetzung und Qualität der Regierungsinitiativen zu prüfen. Die ukrainische Regierung wurde durch den EU-Ukraine-Aktionsplan formal zur Einbindung von Geschlechtergleichstellung in alle Politikfelder verpflichtet. Da es jedoch sowohl an Instrumenten als auch an Kontrollmechanismen für die Umsetzung fehlt, wird dieser Bereich wahrscheinlich an den Rand der tatsächlichen Regierungsvorhaben und -aktivitäten gedrängt werden. Frauenorganisationen sind häufig die einzige treibende Kraft im Hinblick auf die Umsetzung von Fördermaßnahmen in der Region. Somit es notwendig, ihre Wirkungsmöglichkeiten und Fachkompetenz zu stärken.

In den nächsten Monaten wird die Energiepolitik der Region durch internationale Ereignisse bestimmt werden. Ende 2008 findet in Poznan (Polen) die 14. Konferenz der Parteien (COP 14) im Rahmen der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen (UNFCCC) statt. Zudem werden auch auf der Ebene der Europäischen Union weitere wichtige Entscheidungen im Bereich der **Energiepolitik** getroffen werden, bei denen die Länder der Region eine entscheidende Rolle spielen. So stehen beispielsweise die Verhandlungen über die länderpezifischen Ziele zur Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien im Strom-Mix in der EU auf 20% bis 2020 bevor. Auch das Thema Energiesicherheit wird zunehmend diskutiert werden, insbesondere mit Blick auf sicherheits- und außenpolitische Aspekte. In der Ukraine ist zu erwarten, dass gerade die Frage der Energieunabhängigkeit und -sicherheit die Debatte weiter bestimmen wird. Die Regierung verfolgt hierbei die Strategie, Energieunabhängigkeit durch den Ausbau von Atomkraft sicherzustellen. Um dazu ein Gegengewicht zu setzen, müssen in der Region Akteurinnen und Akteure, die alternative Energiestrategien für die Ukraine entwickeln, gezielt unterstützt werden.

Die **polnische** Regierung steht erneut vor einem möglichen Aus, man spricht über vorgezogene Neuwahlen im September des laufenden Jahres. Sollten die aktuellen Rettungsversuche für die Regierungskoalition scheitern und die Wahlen stattfinden, bleiben die derzeit regierende PiS und die derzeit oppositionelle Bürgerplattform die stärksten Parlamentsparteien, die voraussichtlich keine Koalition eingehen werden. Damit wird die Bildung einer Mehrheitsregierung schwierig sein. Bei den Neuwahlen wird voraussichtlich als neue Mitte-Links-Kraft das Bündnis Linke und Demokraten einziehen. Dem gegenüber haben die polnischen Grünen derzeit keine Chance, die 5%-Hürde zu überwinden und werden sich an den eventuellen Wahlen voraussichtlich nicht beteiligen.

Durch den konfrontativen Stil im Bereich der Außenpolitik hat sich Polen auf EU-Ebene weitgehend isoliert. Die Blockadehaltung Polens gegenüber der Schlüsselprozesse der Europapolitik wird als

⁷⁵ vgl. Arbeitsdokument der Kommissionsdienststellen zur Mitteilung der Kommission an den Rat und an das Europäische Parlament über die Stärkung der Europäischen Nachbarschaftspolitik. ENP-Fortschrittsbericht Ukraine vom 4. Dezember 2006

Wesenszug der polnischen Außenpolitik im kommenden Jahr voraussichtlich bestehen bleiben.

Das wichtigste politische Ereignis in **Tschechien** werden in 2008 die Präsidentschaftswahlen sein. Momentan suchen alle Parteien außer der ODS nach einem aussichtsreichen Gegenkandidaten für Amtsinhaber Václav Klaus. Unklar ist, ob sich die Sozialdemokraten, Christdemokraten und Grünen auf einen Gegenkandidaten einigen können. Im Herbst 2008 wird außerdem die nächste Teilwahl zum Senat stattfinden, in welchem die ODS derzeit die absolute Mehrheit innehat. Die Verabschiedung der Reform der öffentlichen Finanzen ist für den Herbst 2007 geplant. Das Reformpaket beinhaltet eine tiefgreifende Steuerreform und drastische Budgetkürzungen. Großes Augenmerk wird ebenfalls auf der Vorbereitung für die tschechische EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2009 liegen, um den Rückstand bei der Definition von inhaltlichen Schwerpunkten sowie der Schaffung der nötigen Verwaltungsstrukturen zu beheben.

Das Hauptaugenmerk **slowakischer Politik** wird 2007 und 2008 voraussichtlich auf wirtschaftlichen und sozialen Fragen liegen. Im Rahmen der weiteren europäischen Integration wird die Slowakei, wie auch Polen und Tschechien, wahrscheinlich am 1. Januar 2008 der Schengen-Zone beitreten können, da diese Länder die meisten der erforderlichen Kriterien erfüllen. Ein weiteres Ziel der Slowakei ist es, sich auf die zum 1. Januar 2009 geplante Euro-Einführung vorzubereiten. Die Zeichen, dass der Euro wie geplant eingeführt werden kann, stehen günstig, da die Slowakei im Generalhaushalt bis 2010 die Reduzierung des Haushaltsdefizits auf unter 1% anpeilt und Prognosen zur wirtschaftlichen Entwicklung nach wie vor sehr positiv ausfallen. Ein weiteres Vorhaben der Regierung ist die Reform des Rentensystems. Die innenpolitische Entwicklung der Slowakei sowie ihre außenpolitischen Prioritäten müssen weiterhin kritisch analysiert werden.

Die Auseinandersetzungen zwischen den beiden politischen Machtzentren in der **Ukraine**, die das politische Leben seit über einem Jahr bestimmen, führten innenpolitisch zur Handlungsunfähigkeit und außenpolitisch zum Ansehensverlust (siehe Kapitel 1.2.3). Die ukrainische Gesellschaft fühlt sich von den politischen Amtsträgern kaum noch repräsentiert. Langsam verspielen die politischen Eliten der Ukraine das Potential des demokratischen Umbruchs der orangenen Revolution.

Die für den 30. September festgelegten vorgezogenen Wahlen werden die politische Krise wahrscheinlich nicht lösen. Die Partei der Regionen wird auch aus den Neuwahlen als die stärkste parlamentarische Kraft hervorgehen.⁷⁶ Es ist ebenfalls fraglich, ob die „orangenen“ Kräfte fähig sein werden, eine Koalition zu schließen und zudem, inwieweit eine eventuelle „orangene Koalition“ von Dauer sein kann.

⁷⁶ Laut Umfragen vom Juni hat die aktuelle Regierung die Zustimmung von 53% der Befragten.